

Bezugspreis monatl. 30 Pf.
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Pf.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Abt.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher

keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Zeitzeile (88 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen
Anzeigenzeitzeile im Stellenteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Stelleneinheitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)



Diktator Mussolini.

Mussolini hält mit seiner Politik die Welt in Atem, und wenn man seine Maßnahmen verfolgt, so sieht man, daß von Machiavelli bis zu ihm ein gerader Weg führt. Er hält fest am Lebensprinzip seiner Politik, ein Prinzip, das sich in der starken Faust verkörpert. Denn der Faschismus bedeutet mit dünnen Worten doch jetzt nichts anderes, als gewaltsame Enebelung jeder anderen, wie auch immer gearteten Meinung.

Nach seinen ersten Erfolgen im Sommer brachte die Ermordung Matteottis das System Mussolinis etwas in Unordnung. Matteotti erschien überall bei allen politischen Veranstaltungen, wie der Geist Banquos an jener bekanntn Tafel, wo man feiern wollte und keine Gespenster sehen.

Die Ermordung Matteottis straffte der Opposition unter Salandra und Giolitti ungeheuer der Segel. Sie versuchte mit allen Mitteln, den Ministerpräsidenten zu diskreditieren — und hatte zweifelsohne Erfolg. So kam Italien in die Gefahr eines Bürgerkrieges, der alles von Mussolini erreichte zerstören könnte. Die Explosionsgefahr war in Italien bis aufs höchste gestiegen. Jeden Tag erwartete man die Entladung.

Mussolini war die Frage, — was wird Mussolini nun tun, der es so gut verstand, mit Peitsche und Zuckerbrot die Massen zu traktieren?

Die Überraschung kam zu Weihnachten. Mussolini behielt abermals die Initiative in der Hand, und der König mußte jeden Tanz und jede Extratour mit ihm mitmachen. Das überraschende war die Bekanntmachung der Wahlreform für Italien, für die er schon einen Entwurf bereit und rasch alle formalen Vorbedingungen, die Zustimmung der Krone und des Parlaments, in der Hand hatte.

Mussolini war auf einmal Parlamentarier geworden, der den Willen des Volkes angeblich prüfen und klären wollte. In diesem Wahlrecht sollte das Fundament die Gerechtigkeit sein, jenes unerschaffbare Etwa, das die Opposition immer wieder gefordert hatte.

Diese Gerechtigkeit besteht nun in einem Klassenwahlrecht Mussolinis, das nach dem Bericht der parlamentarischen Kommission folgendermaßen aussieht: Der Entwurf läßt der Form nach jedem italienischen Wähler eine Wahlstimme. Die Gewährung von Zusatzstimmen soll nach dem Bericht der Kammerkommission davon abhängen, ob der Nachweis geführt wird, daß der Wähler entweder ein bestimmtes Amt bekleidet hat, das ihn dazu vorbereitet, die Notwendigkeiten des öffentlichen Lebens zu verstehen, oder daß er einen Mindestgrad von Bildung erreicht hat, der ihm erlaubt, ein möglichst selbständiges Urteil über die Richtlinien des öffentlichen Lebens und die politischen Persönlichkeiten zu bilden, oder daß er schließlich in seiner Arbeitsleistung oder auch in seiner Stellung als Familienoberhaupt eine derartige Verantwortung ausübt, daß man annehmen darf, er werde auch die Notwendigkeiten der politischen Lage einigermaßen verstehen.

Diesen Richtlinien entspricht im Wortlaut des Gesetzentwurfs eine Reihe von elf Kategorien, die zur Erweiterung der ersten Zusatzstimme berechtigen. Diese Kategorien umfassen: 1. Mitglieder der Akademie; 2. Lehrer und Leiter von Schulen aller Stufen; 3. Inhaber eines Abgangszuganges einer Mittelschule (Gymnasium, Real, Handels- oder Landwirtschaftsschule); 4. Inhaber von Ordensauszeichnungen; 5. Offiziere und Unteroffiziere, sowohl aktive wie außer Dienst stehende; 6. Inhaber militärischer und ziviler Verdienstmedaillen; 7. Mitglieder von Gemeinde- und Provinzialräten nach mindestens einjähriger Amtsleitung; Friedensrichter und deren Substitute, Mitglieder der Provinzial-Administraträte, der Handelskammern und der Landwirtschaftsräte; 8. Eigentümer, Direktoren und Verwalter von Tageszeitungen, Journalisten; 9. Inhaber von Funktionen oder Verantwortlichkeiten administrativer oder technischer Art in Unternehmungen der Industrie, des Handels oder der Landwirtschaft, die seit mindestens zwei Jahren direkte Steuern von mindestens 100 Lire im Jahre entrichten; 10. administrative oder technische Leiter von Unternehmungen, die eine ähnliche Steuerleistung erzielen; 11. Familienväter mit mindestens fünf lebenden Kindern, wozu auch die im Kriege gefallenen Söhne gerechnet werden. Eine zweite Zusatzstimme erhalten: 1. Die Mitglieder des Königsbaus und die Kardinäle; 2. die Inhaber der goldenen Tapferkeitsmedaille (einer äußerst seltenen Auszeichnung); 3. die Inhaber einiger höherer Orden; 4. die gegenwärtigen und früheren Inhaber der höchsten Staatsämter, die Senatoren, Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten; 5. die Universitätsprofessoren; 6. jeder Bürger, der auf Grund von mindestens drei Kategorien einen Anspruch auf die erste Zusatzstimme erheben kann. Die Gesamtzahl derer, denen zwei Zusatzstimmen zufallen werden, dürfte so klein sein, daß nicht recht einzusehen ist, weshalb man diese Kategorie überhaupt in das Reformprojekt aufgenommen hat.

In der Praxis, so schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“, wird das Ganze vermutlich darauf hinauslaufen, daß der überwiegende Teil der italienischen Wähler über zwei Wahlstimmen verfügen wird. Es wird sicherlich nur sehr wenige des Lesens und Schreibens fähige Bürger geben, die nicht in irgend einer der elf Kategorien, die zu einer ersten Zusatzstimme berechtigen, einen Unterschlag finden können.

Das Kabinett Luther und seine weitere Beurteilung.

Gestern, als Dr. Luther zur Tribüne schritt, wurde ihm das nicht ganz unbekannte Wort zugeworfen: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst jetzt einen schweren Gang!“, was eine schallende Heiterkeit im ganzen Hause bei überfüllten Tribünen bewirkte.

Natürlich war man im ganzen Auslande gespannt darauf, zu hören, was dieser neue Mann mit dem alten bekannten Namen zu sagen hätte, und es rauschte auch schon ganz vernehmlich im Mutterwald der Presse. Wir brachten gestern einige Worte des Herrn Breitscheid und des Grafen Westarp, die dem neuen Kanzler zum Willkommen geboten wurden.

Der Empfang in der Presse des Auslandes ist doch noch ein wenig stärker. So sagen die „Times“ heute morgen: „Die Rede des Kanzlers sei mit Achtung, wenn auch ohne Beifall aufgenommen worden und könnte, wenn man sie allein betrachtet, durchaus Sympathie in Europa erwecken.“ Der Führer der Nationalisten habe aber die wahren Bielle seiner Partei mit fast brutaler Aufrichtigkeit dargelegt. Er lehne zwar die Anwendung von Gewalt ab, erkläre aber, daß die Frage der Monarchie jetzt eine weit realer sei als sie jemals seit Begründung der deutschen Republik gewesen ist. Westarps Worte seien ein Kommentar, der die Rede Dr. Luthers vollkommen verwirre. Dr. Luther habe keine Wehrhaftigkeit hinter sich; er habe bei der Verteilung der Ministerposten alles wie bei der Aufstellung seines Programms konfessionieren machen müssen. Sein Programm bemühe sich, die Politik Dr. Marx' aufzunehmen, habe aber durch die Wünsche der Nationalisten eine besondere Prägung erhalten. Die erste bedeutende Erklärung des Reichskanzlers sei ein Treugelobnis zur Weimarer Verfassung und die daraan anschließende Warnung, daß jeder Versuch, diese mit Gewalt oder ungesetzlichen Methoden zu ändern, als Hochverrat betrachtet werden würde. Diese Erklärung mag vielen Monarchisten und Nationalisten in Deutschland nicht gerade erwünscht gewesen sein, sie werde aber zweifellos von der Masse des deutschen Volkes mit Genugtuung aufgenommen werden. Hinsichtlich der Entwaffungsfrage würde die neue Regierung den Standpunkt der Note annehmen, die von ihrer Vorgängerin abgesandt worden ist. Diese Haltung, meint das Blatt, sei vielleicht angemessen der Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung unvermeidlich. Die Bedeutung aber, die der Reichskanzler in seiner ersten Erklärung der deutschen Note beigegeben habe, sei bedauerlich, wenn man sich die ernsten Ermäßigungen vergegenwärtigt, die die Alliierten an diese Note geknüpft hätten. Dr. Luther fragt nach weiteren Einzelheiten über die Art der deutschen Vergabe. Er werde sie sicherlich empfehlen; aber der Ton, den er angeschlagen habe, sei kein gutes Vorzeichen für die Verhandlungen, die er zum Zweck der Raumung Kölns vorschlagen habe.

Amerikanische Urteile.

Washington, 21. Januar. Dr. Luthers Regierungserklärung ist hier, soweit ihr Wortlaut in Betracht kommt, bisher nicht eingehend aufgenommen worden. Die gemäßigte Sonate seines Programms und die Versicherung unveränderter Haltung gegenüber dem Dawes-Plan werden in interessierten politischen Kreisen optimistisch beurteilt. Die „Chicago Daily News“ schreibt, gleich seinem Vorgänger müsse Luther auch auf die Opposition Rücksicht nehmen und eine klastische Politik treiben. Die Alliierten sollten die Gelegenheit zu einer Verhandlung in der Kölner Frage wahrnehmen, denn ihre bisherige Haltung sei nur den Juntern und Monarchisten zugute gekommen.

New York, 21. Januar. Zu der deutschen Regierungserklärung schreiben „New York Times“: Man entnehme darauf mit Erleichterung, daß Dr. Luther offen für eine aufrichtige Durchführung des Dawes-Planes eintrete. Wenn man Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme, so bilde das einen wichtigen Faktor beim Wiederaufbau der Welt.

Eine englische Stimme.

Die unionistische „Morning Post“ schreibt zu dem neuen deutschen Reichskabinett: „Die Entwicklung zum Nationalismus herrscht heute fast alle europäischen Staaten. Es ist deshalb nicht einzusehen, daß ein nationales Kabinett, wie es in England

Damit wird aber tatsächlich ein Zustand geschaffen, der auf die Halbierung des Wahlrechtes der Analphabeten hinausläuft, während das eigentliche normale Wahlrecht die Form einer Doppelsstimme haben wird. Eine kleine Kategorie von Bürgern wird außerdem noch eine halbe Zusatzstimme zu diesem Normalrecht erhalten. Obwohl die Regierung Mussolinis der Förderung dieses Projektes in der Presse kein Hindernis zu bereiten scheint, ist bisher darüber noch keine rechte Diskussion in Fluss gekommen. Es ist aber anzunehmen, daß die ehemaligen Ministerpräsidenten Giolitti, Salandra und Orlando in der Beratung des Projektes im Kammerplenum versuchen werden, das allgemeine Wahlrecht gegen die listigen Angriffe zu verteidigen.“

Man darf gespannt auf die weitere Entwicklung dieser Politik sehen und abwarten, ob es dem Diktator gelingen wird, sich in seinen Entschlüssen in entscheidenden Augenblicken mit dem Volkswillen zu identifizieren. Die Opposition macht schon jetzt heftige Angriffe, für die folgende Episode aus einer erregten italienischen Kammeraufsicht bezeichnend ist:

Mussolini: „Es handelt sich um keinen bevorstehenden Wahlkampf.“

Giolitti wiederholt die Unmöglichkeit, Wahlen abzuhalten.

Mussolini: „Ich werde bei Ihnen in die Schule gehen.“

Giolitti: „Ihre Wahlen schaffen eine Mehrheit, von der ich mir niemals etwas träumen ließ. Um die öffentliche Freiheit ist es ja jammer voll bestellt, und das mehrfache Stimmrecht muß den Groß der Arbeiterklasse noch verstärken.“

Mussolini: „Nur hunderttausend Personen werden ein mehrfaches Stimmrecht erhalten.“

zum allgemeinen Wohl jetzt regiert, in Deutschland gefährlich sein sollte. Im Gegenteil müßte jede Ablehnung vom Internationalismus und Kommunismus begrüßt werden. Weder haben die Alliierten von einer Rechtsregierung in Deutschland einen neuen Krieg oder eine Entziehung von den Domänenpflichtungen zu befürchten. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Selbstverständlichkeit auch vor dem neuen deutschen Kabinett ausgeprochen wird.“

Französische Stimmen.

Die französischen Pressestimmen legen sich noch ziemlich viel Beschränkung auf. So nennt ein Blatt Dr. Luther einen Mann von Bedeutung, indem es auf seine Verdienste als Finanzminister hinweist. Der „Lemp“ meint zur Regierungserklärung: „Diese Erklärung ist so banal, daß es kein Wunder wäre, wenn sie von allen Parteien sehr läufig aufgenommen würde. Der Kanzler hat den Vertretern des Auslandspresses gesagt, daß er selbst eigentlich keine Partei angehört, aber wenn er auch die Volkspartei verleugne, so wird er doch nicht verborgen können, daß er der Gefangene dieser Partei ist. Das ganze Kabinett Luther ist von reaktionärem Geist erfüllt. Es kommt in dieser Hinsicht der Regierung Tino gleich, aber die Regierung Tino war wenigstens ehrlich, sich zu ihren Tendenzen offen zu bekennen.“ Nach einer Charakteristik der einzelnen Minister folgt eine Kritik der Regierungserklärung, die beweisen soll, daß die neue deutsche Regierung überhaupt kein Programm hat. Was der Kanzler über die Verfassung von Weimar gesagt hat, wird „eine sehr unbestimmte Formel“ genannt. Was soll es heißen, wenn Dr. Luther erklärt, die Verfassung von Weimar sei „die juridische Basis für die Arbeit der jetzigen Regierung?“ Es wäre nicht verwunderlich, daß die Linke diese Worte mit Lachen begrüßt habe. Wenn der Kanzler sich vorbehält, die Verfassung zu revidieren, dann würde es den Konservativen sehr leicht gemacht, die Wege für eine Wiederkehr der Monarchie zu ebnen. Dr. Luther habe den Vertretern des Auslandspresses gesagt, daß er auf die Meinung des Kanzlers einen großen Wert legt. Er darf sich jetzt nicht darüber wundern, wenn das Ausland seine Erklärung mit der stärksten Zurückhaltung aufnimmt, denn über die Politik des Kanzlers Luther wäre jede Illusion unmöglich.“

Die Redner des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Luther.

Nach dem Grafen Westarp sprach in der Reichstagsitzung zunächst der Dr. Behrendt. Er gab eine Erklärung, in der es heißt: „Die Fraktion habe aus staatspolitischen Erwägungen sich den opfervollen Entschluß abgerungen, unter Vorbehalt aufmerksamster Prüfung der zukünftigen Politik und unter Ablehnung jeglicher fraktionellen Gebundenheit in einer personalen und beschränkten Beteiligung am neuen Kabinett einzwilligen. Es liegt eine Lösung vor. Mit großer Sorge verfolge die Fraktion die außenpolitische Lage. Wir erwarten, daß der Kanzler gewillt ist, die Folgerichtigkeit des außenpolitischen Kurzes einzuhalten. Diese Folgerichtigkeit des Kurzes müsse auch in verfassungsrechtlichen und sozialpolitischen Fragen gelten und das Christentum als überzeugende Kulturmacht den gebührenden Einfluß behalten. Die Fraktion wird die Regierung nach ihren Taten beurteilen.“

Abgeordneter Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) begrüßte das neue Kabinett, weil dieses im Gegensatz zum vorangehenden sich auf eine starke und sichere Mehrheit stützen kann. Auch seine Partei werde die Taten der Regierung abwarten. Das entspricht mit dem neuen Kabinett eingeführten System der Vertrauensmänner. In der Außenpolitik wünsche er die Fortsetzung des von Dr. Stresemann so erfolgreich geleiteten Kurzes. Schärfsten Protest erhebe seine Partei gegen den Vertragsbruch, den die Nichträumung der Kölner Zone vorstelle. Dem Eintritt in den Völkerbund stehe er nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie beantragte die Einführung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Weimarer Verfassung, insbesondere bezüglich des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern.

Giolitti: „Der Wahlkampf wird neue Gewalttaten und Schlimmes herausbeschwören.“

Mussolini: „Wir werden doch nicht Kandora anwenden, wie Sie es taten.“

Giolitti: „Jedenfalls lehne ich die Mitverantwortung an solchen Wahlen ab und werde also gegen sie stimmen.“

Auf diesen Ton ist die Presse der Opposition abgestimmt. Was die Opposition erreicht, wird sich erweisen. Jedenfalls hat Mussolini einen eisernen Willen, und was ebensoviel wert ist, er hat seine Schwarzhandscharen, die diesen Willen im „Einen der Gerechtigkeit, wie sie Mussolini aussetzt“, durchführen können.

Nitti zur Lage in Europa.

Nach einer längeren Meldung der „D. A. B.“ gewährte der frühere italienische Ministerpräsident Nitti dem Vertreter einer Wiener Zeitung eine längere Unterredung, in der er sich besonders über die Wirkung der verschiedenen Friedensverträge aussprach. Er sagte u. a.:

„Die Verträge“ von Versailles und St. Germain — du schmälichsten Taten der Weltgeschichte — nehmen Österreich die Lehenstrafe. Das Land ist zu klein und hat eine verhältnismäßig großes Hauptstadt. Österreich ist vom besten Willen beseelt, begegnet aber der Feindschaft von ganz Europa. Darum befürchte ich, daß Österreich in seiner heutigen Form und den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Dauer nicht lebensfähig sein kann.“

Weber Österreich noch Deutschlands Grenzen noch die eines anderen besiegt Staates entsprechen den wirtschaftlichen oder politischen Notwendigkeiten, und von keinem Staate kann man erwarten, daß er allem entgeht, was ihm genommen wurde, und die gegenwärtige Lage als dauernden Normalzustand anerkennt.

Als Vermittler und Ausgleichsforum wurde der Völkerbund eingekehrt. Ich erwarte von ihm nicht das geringste, denn ich sehe im ganzen Völkerbund lediglich einen gegenseitigen Garantiepakt der „Sieger“. Wenn beispielweise Deutschland morgen den Korridor von Danzig durchtritt, Ungarn einen Feld-

aug zur Rückeroberung der abgetrennten Landesteile beginnt, Russland Beizarabien und das verlorene Küstengebiet zurückfordern würde, dann wäre Italien gezwungen, für die gewaltsame Aufrichterhaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ins Feld zu ziehen. England und Italien können diesen Pakt nicht annehmen, auch wenn wir ihn unterzeichnet haben. Einen ehrlichen Frieden kann er nicht gewährleisten.

Der "Vertrag" von Versailles stellt fest, daß die Demobilisierung Deutschlands den Aufstand zur Entwaffnung aller anderen Staaten darstellen soll. Demgegenüber vergrößern die Siegerstaaten ihre Heeresbestände, und ganz Europa steht in Waffen. Früher bedrohte eine elßässische Frage den europäischen Frieden. (?) Heute gibt es zehn elßässische Fragen.

Nitti meinte zum Schlus, der entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung Europas könne nur in der Form der Aufhebung der Zollgrenzen getan werden. Für den Fall, daß er die Leitung der Geschäfte in Italien wieder übernehme, gedenke er die Zollunion Italiens mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie durchzusehen. Die anderen Staaten würden dem Beispiel folgen.

Die Erklärungen der Parteien zum Exposé Grabksi.

Ein Mitarbeiter des "Kurier Polski" fragte verschiedene Parteivertreter über ihre Stellungnahme zum Exposé des Premiers Grabksi. Der Abgeordnete Byrla von der Piastenpartei erklärte folgendes:

Im Exposé füllt vor allem das Bekennnis des Herrn Grabksi auf, daß er das Problem der Sanierung in Polen als finanziell-vulgaristisches aufgesetzt und im vergangenen Jahre hauptsächlich nach dieser Richtung hin gearbeitet habe. Weniger Aufmerksamkeit legte er dagegen auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten, denen er seine hauptsächliche Tätigkeit im laufenden Jahre zu widmen gedenkt. Übrigens war die Nede gelegentlich einer großen Dosis fröhlichen Optimismus, der wahrscheinlich in der kommenden Haushaltsdiskussion zum eigentlichen Ausmaß geführt werden wird.

Der Abg. Diamand von der Sozialistenpartei sagte: „Ich sehe einen erheblichen Fortschritt in der Aufstellung der Finanzfrage des Staates durch den Premier. Er hat nämlich, was früher nicht war, den Zusammenhang zwischen der Volkswirtschaft und der Steuerkraft des Staates erfaßt. Er hat auch, was früher ebenfalls nicht war, die Pflicht des Fiskus anerkannt, den Opfern der Sanierung, insbesondere den Arbeitslosen, Sorgfalt angedeihen zu lassen. Man sieht auch, daß das Finanzministerium zu der Überzeugung gelangt ist, daß man die Umfassung vergrößern, vor allem aber eine Auslandsanleihe erlangen müsse. Der Standpunkt, den der Premier gegenüber den Bestrebungen der Agrarier, das Budget des Landwirtschaftsministeriums zu desorganisieren, eingenommen hat, läßt die Hoffnung zu, daß die Einseitigkeit, die auf der Patronisierung der Agrarier auf Kosten anderer Schichten beruht, nicht weiter angewandt werden wird.“

Abg. Chodzynski von der Nationalen Arbeiterpartei gab folgende Erklärung ab: „Alle Ansagen des Premiers, daß die Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit in der Richtung der Sanierung des Wirtschaftslebens, der Erhöhung der Produktion und der Stärkung der Kreditaktion lenken werde, sind mit Anerkennung begrüßt. Ob aber der Premier in gleichem Maße das Wirtschaftsleben zu respektieren versteht, wie er es bisher mit dem Staatsfiskus tut, das wird erst die Zukunft zeigen. Der Premier hält nicht immer seine Versprechungen und tut nicht immer das, was er sagt. Als Vertreter der Arbeiter gehen uns besonders die Verhältnisse auf dem Gebiete der Industrie und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an. Hierüber hat der Premier nichts Konkretes gesagt.“

Abg. Chodzynski vom Nationalen Volksverband kündigte sich folgendermaßen: „Die Art der einfachen Auffassung der wirtschaftlichen Erscheinungen durch den Ministerpräsidenten hat angesichts der Unvorbereitung der Allgemeinheit in wirtschaftlichen Fragen sehr positive politische Bedeutung. Der Protest des Premiers gegen die Heraussetzung des Budgets durch die Sejmkommission ist vollkommen begründet. Der Premier hat uns die Einräumung, daß es noch nicht so gut ist, als daß man das Budget erhöhen könnte, direkt aus dem Munde genommen.“

Abg. Rosmarin vom jüdischen Klub sagte: „Der Premier hat angegeben, daß die bisherige Politik des Finanzministeriums einseitig war. Sie betraf nur das fiskalische Problem und übergang das Wirtschaftsproblem. Der Premier hat auch anerkannt, daß er heute gezwungen sei, die Angelegenheit der Auslandsanleihe an die erste Stelle zu setzen. Die Argumentation des Herrn Grabksi, die die Ausreichbarkeit des heutigen Valutenumlaufs bestreitet, konnte keine Anerkennung finden; denn dieser Umlauf ist außerlein. Die Ansage von Reformen auf dem Gebiete der Industrie und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat wohlwollende Unterstützung gefunden.“

Abg. Chodzynski von der Christlichen Demokratie erklärte: „Im allgemeinen empfinde ich einen günstigen Eindruck. Es muß betont werden, daß der Fiskalist Grabksi sich in den Wirtschaftsfeldern Grabksi zu verwandeln beginnt. Die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Landes war die Achse der Rede des Premiers. Die neuen Noten im Programm des Finanzministers lassen die Hoffnung hegen, daß es ihm ebenso glücklich gelingen wird, die Wirtschaftskrise zu bewältigen, wie er seinerzeit die vulgaristische Anarchie niederrang. Idenfalls ist anzunehmen, daß der Sejm auf der Höhe seiner Aufgaben stehen wird, um dem Premier zu helfen.“

Die polnische Streitfrage mit Danzig im März vor dem Völkerbund.

Der Direktor der Verwaltungsabteilung des Völkerbundes, in der die Danziger Fragen bearbeitet werden, Colban, der in den letzten Tagen in Danzig weilte, ist in Genua eingetroffen und hat dem Generalsekretär des Völkerbundes über den Danziger polnischen Zwischenfall Bericht erstattet. Gleich als ist ein langer Bericht des Völkerbundeskommissars in Danzig. Mac Donnell eingelaufen, der im wesentlichen die Frage der Zuständigkeit des Völkerbundeskommissars in dem Konflikt behandelt, d. h. die Frage, ob die verwaltungstechnischen Maßnahmen für die Entfernung der Briefkästen berechtigt sind oder nicht, und ferner angesichts der gegen den Völkerbundeskommissar erhobenen Angriffe seine Rolle in dem Briefkästenstreit eingehend schildert. Der Bericht ist geheim gehalten, soll aber morgen den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, sowie der Regierung der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung angehören. Über das weiter einzuschlagende Verfahren wird strenges Säilichweichen bewahrt doch hört man, daß die Frage dem Rat für seine Märztagung überwiesen werden. Der Rat wird in diesen Tagen zu zwei Fragen Stellung zu nehmen haben:

1. Ist Polen berechtigt gewesen, Briefkästen im Danziger Gebiet anzubringen?

2. Ist der Völkerbundeskommissar zu den Verwaltungsmaßnahmen für die Entfernung der Briefkästen berechtigt?

Eine italienische Stimme.

Nach den die Lage Danzigs im Konflikt mit Polen kennzeichnenden Artikel aus der englischen und Schweizer Presse lassen wir einige interessante Stellen aus einem Artikel der italienischen Zeitung "Ercova" folgen. Das Blatt schreibt zu dem Konflikt zwischen Danzig und Polen:

„Die polnische Regierung habe nicht das Recht, ihr Protektorat über Danzig auszudehnen. Polen habe lediglich das Recht, seine

wirtschaftlichen Ansprüche auf Durchgang seiner Waren und freie Benutzung des Hafens zu verteidigen. Die von Polen angedrohten Zollmaßnahmen gegen Danzig verstießen gegen den Versailler Vertrag der Danzig zur Freien Stadt gemacht habe und Polen die freie Durchfuhr seiner Waren ermöglicht, nicht aber zu den Zwecken, um die Wirtschaft von Danzig der polnischen zu unterstellen. Unter keinen Umständen habe Polen das Recht, einen Souveränitätsakt in Danzig, wie die Anbringung von Postkästen, vorzunehmen.“

Die Anleihe für Polen.

Hoffnungen und Pläne.

Der konservative "Gaz" in Krakau schreibt hierzu: „Die Erlangung der amerikanischen Anleihe ist in doppelter Hinsicht ein sehr günstiges Ereignis. Zunächst deshalb, weil es von der Annahme des Vertrauens in der anglo-sächsischen Welt gegenüber Polen zeugt. Unsre Anstrengung, die wir im Jahre 1924 machten, war nicht vergebens. Die Anerkennung der verhältnismäßig beträchtlichen Summe von 50 Millionen Dollar beweist, daß das Jahr der Ordnung in der polnischen Wirtschaft, der Übergang zum ausgeglichenen Budget, die Gründung der Bank Polki, die Beseitigung der Inflation — daß dies alles als Grundlage für das Kreditvertrauen gewertet wurde. Die uns dargebotene Anleihe hat nicht Wucherermäßigung, wie sie noch die vorjährige italienische Anleihe hatte, obwohl die Bedingungen natürlich nicht so günstig sind, wie sie die staatlichen Vorriegsanleihen zu haben pflegten. Der Emissionsfonds soll nicht hoch sein. (Die endgültige Höhe (gerüchteweise verlaufen 86 Proz.) kennen wir bisher nicht). Der Zinsfuß soll 8 Prozent betragen. Die Ratenzahlungen sollen auf 20 (25) Jahre verlegt sein. Die heutige "Nova Reforma" meldet, daß der polnische Staat die Nettoeinnahmen aus dem Budżetverlauf als Garantie gibt“. Das Gerücht, die Garantie solle sich auf die Einkünfte der Nachthainindustrie Borszlaw stützen, ist vom Finanzministerium als falsch bezeichnet worden. Es sind keine leichten, aber auch keine wucherischen Bedingungen. Man kann also getrost sagen, daß die Anleihe ein Maßstab ist für das Vertrauen gegenüber Polen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete. Es ist übrigens am schwierigsten, die erste Anleihe zu erlangen. Wenn sich diese für die Gläubiger als günstige und sichere Operation erweist — und man muß vertrauen, daß es so sein wird —, dann wird mit größerer Leichtigkeit nach dem ausgezehrten und ruinierten Polen weiteres Kapital aus dem Auslande zu fließen beginnen. Und man weiß, daß wir ohne Zustrom fremden Kapitals nicht in der Lage wären, mit eigenen Kräften uns wieder aufzubauen und die Folgen der zehnjährigen Inflation, die unser ganzes Volkskapital fast gänzlich verschlungen hat, abarbeiten zu können.“

Das ist der eine Gesichtspunkt — und jetzt der zweite. Die Anleihe wäre eine ganz erfehlte Operation, wenn sie für Konsumtionszwecke ginge. Ihre Verwendung für etwas anderes, als für Investitionen, würde uns nicht gestatten, die hohen Zinsen zu zahlen, die mit Verstärkung des Emissionsfonds mit ungefähr 10 Prozent zu rechnen sind, oder weitere Anleihen zu erlangen. Wenn es sich als wahr erweist, was heute aus Warschau gemeldet wird, so ist sie von der Regierung für Investitionszwecke bestimmt. Die eine Hälfte soll für den Eisenbahnbau verwendet werden — wie verlaufen, unter anderem für den Ausbau der Straßen, die Oberschlesien mit Krakau und Warschau verbinden. Das wird gestatten, die schlesische Industrie, insbesondere die Kohlenproduktion, besser auszunutzen, die östlichen Provinzen mit Kohle zu versorgen und Schlesien mehr mit Polen zu verbinden.

Die zweite Hälfte soll der Bank Gospodarstwa für Zwecke des Wiederaufbaus des Kredits übergeben werden. Ohne diesen Kredit verläßt unsere Industrie, der Handel und die Landwirtschaft. Man weiß, daß es dem Schieber leichter ist, ins Himmelreich zu kommen, und dem Kamel, durchs Nadelöhr zu gehen, als heute in Polen nicht wucherischer Kredit zu erhalten. Die zur Stärkung des Kredits bestimmte Summe ist im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht sehr groß. Wenn sie aber rationell verwendet wird, dann wird sie eine wichtige Rolle spielen, namentlich, wenn bald andere Auslandsredite ihr folgen würden.

Die Erlangung der Anleihe ist ein sehr erheblicher Erfolg der Regierung. Sie gestattet ihr, die Wirtschaftskrise zu lindern, die so empfindlich ist und so viel Klagen in allen Schichten und Parteien hervorruft. Sie gestattet ihr, auf dem einzigen rationalen Wege der Vermeidung der Rückkehr zur Inflation zu verharren. Es ist bekannt, daß die unfrühere Antizipation verbreitet wird, die Inflation wäre nicht so schlimm gewesen, wie es vor einem Jahre schien; denn in ihrer Zeit sei es jedem (1) gut gegangen: Dem Beamten, der alle paar Tage eine neue Zulage nach Hause brachte, dem Landwirt, der die großen Einkünfte in Aktien anlegen konnte — wenn nicht im Augusteben —, dem Bauern, der die Mark im Kasten verwahrt, dem Börsenspekulant und dem Kaufmann, der unaufhörlich die Waren heraufschaffte, kurz, allen. Man hat vergessen, daß die Inflation das Volk vermögen rasch verzehrte und aus Polen im Laufe einiger Jahre ein Volk von Proletarien machte; und der heutige Kapitalmangel ist ihre notwendige, wenn auch schmerzhafte Folge. Die Anleihe wird der Regierung dazu helfen, die einheimischen Projekte der Rückkehr der Inflation nicht zu beachten und weiter auf dem Wege der Steuern, der Haushaltssparnisse und des Wiederaufbaus des Kapitalisierungsinnes in der Bevölkerung zu schreiten, d. h. auf dem Wege rationaler Sanierung.

Ferner läßt die Anleihe darin vertrauen, daß sich das ausgewogene Budget für das Jahr 1925 als real und nicht illusorisch erweist. Bekanntlich hegten und hegen angesehene Kenner der Finanzverhältnisse Skeptizismus, namentlich bezüglich der Präliminaireinkünfte aus der Vermögensabgabe und den direkten Steuern. Die Belebung unserer Produktion durch den Nachfrage des Kredits macht die Hoffnung, daß diese Produktion die ihr auferlegten Steuerlasten ertragen wird, wahrscheinlicher. Sie hebt also beträchtlich die Aussichten der Realität unseres Haushaltssvoranschlags, über den der Sejm bald zu beraten beginnen wird, indem er sich schon heute zur Kritik und Opposition vorbereitet.

Und endlich: Die Anleihe dürfte die politische Stellung der Regierung festigen! Unter dem Eindruck der durch die Krise hervergerufenen Unzufriedenheit ist die Regierung im gegenwärtigen Augenblick im Sejm erschüttert. Die Parteien gehen zur Opposition über, legen Angriffspläne fest und drohen mit dem Sturz des gegenwärtigen Kabinetts. Das ist keine Atmosphäre, in der man wirtschaften und seine im gegenwärtigen Augenblick ungeheure notwendige Autorität im Auslande aufrechterhalten könnte. Wenn man das glauben könnte, daß an die Stelle der gestürzten Regierung eine bessere käme oder daß überhaupt irgend eine andere käme! Aber im Gegenteil: bei der heutigen Lage sind nur Aussichten vorhanden für eine völlige Auflösung und eine noch verhängnisvollere politische Krise, wie die deutsche Krise es war — für den Fall, daß die Regierung Grabksi zurücktreten müßte. Unter solchen Bedingungen ist der erhebliche wirtschaftliche Erfolg der Regierung als willkommene Festigung zu bewerten. Wenigstens für einige Wochen, wenn nicht Monate, sollten die Versuche der Herbeirufung einer Krise und der Schaffung neuer politischer "Kombinationen" verfließen. Das würde die Schaffung von Bedingungen bedeuten, die der Vollendung des begonnenen Wiederaufbauswerk günstig wären.“ (Nicht zuletzt werden die günstigen Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland die Wirkung im Auslande erregen. Gerade in dieser Frage wird sich entscheiden, ob die Anleihe so perfekt wird, wie sie zur Gesundung nötig ist. — Red. Pos. Tagebl.)

Eine Resolution des nationalen Volksverbandes.

Polens Rechte in Danzig.

Der Nationale Volksverband, die Christlich-Nationalen, die Christliche Demokratie, die Piastenpartei und die Nationale Arbeiterpartei haben in der Danziger Frage folgenden Dringlichkeitsantrag im Sejm eingebracht: „Der Hohe Sejm wolle beschließen: 1. Angebotsklausur des Danziger Anschlags auf die polnischen Republik im Versailler Vertrag, Art. 104, Abs. 3, in der Pariser Konvention Art. 29 und im Warschauer Vertrag Art. 149 bis 168 zuerkannten Rechte im Bereich der Einrichtung und einschränkungsfreien Ausübung des Post-, Telegraphen- und Telephoniedienstes zwischen Polen und dem Danziger Hafen, sowie über den Danziger Hafen mit dem Auslande, fordert der Sejm die Regierung auf, in ganzer Ausdehnung alle Rechte, die Polen auf diesem Gebiete zuerkannt wurden, ins Leben zu rufen, mit der Übernahme allen Polen zustehenden Besitzes, wie z. B. des liebenamigen Kabels, sowie der 9 telegraphischen und 6 telefonischen Leitungen im Sinne der Bestimmungen der internationalisierten Kommission für die Besitzverteilung, bestätigt durch den Botschafterrat am 5. April 1922, sowie auch eines Geistes Grund und Boden für den Bau einer Radiostation auf der Westplatte, die Polen ebenfalls endgültig zugesprochen wurde, was alles von der Freistadt Danzig unter krasser Bergemäßigung der endgültigen und verpflichtenden Bestimmungen bisher noch nicht herausgegeben wurde.“

2. Da die Einverleibung der Freistadt Danzig in das polnische Gebiet, die im Versailler Vertrag Art. 109, Abs. 1 bestimmt wurde, zum großen Schaden für den polnischen Staat durch das Verhalten von Bollbeamten, die persönlich und disziplinarisch dem Senat der Freistadt Danzig unterstehen, bereitet oder erschwert wird, fordert der Sejm die Regierung auf, die volle Gewalt der polnischen Republik im Gebiet der Freistadt Danzig zu sichern und bis zur Herbeiführung einer solchen Sachlage die Verzollung von Waren in Danzig auf ein Minimum zu beschränken und den Warenverkehr unter Überwachung Danzigs auf andere Wege und Zollämter zu leiten.

3. Da die Versailler Vertrag dem Hohen Kommissar in Art. 103 einzig und allein das Recht zuspricht, in Streitangelegenheiten zwischen Polen und der Freistadt Danzig mit Appellationsmöglichkeit in erster Instanz zu entscheiden, der Hohe Kommissar aber in seinen Entscheidungen, wie z. B. in der Entscheidung vom 7. November 1924, die eine willkürliche Auffassung und Bezeichnung des angeblichen Danziger Staates einführt, nach einer Änderung der Rechtslage strebt, sich bemüht, in das Gebiet direkter Maßnahmen einzutreten, die die Rechtsprechung erster Instanz überschreiten und zu diesem Zweck unzulässigen Druck ausübt auf den polnischen Generalkommissar durch Drohung mit unberechtigten Maßnahmen, die das Recht und das Gut des polnischen Staates antasten, wie z. B. die Vernichtung polnischer Posteinrichtungen, fordert der Sejm die Regierung auf, die zuständigen Schritte zu unternehmen, um das Wirken des Hohen Kommissars in genauen Rechtsgrenzen zu sichern.

4. Da die Freistadt Danzig, indem sie jetzt wider den ausdrücklichen Willen des Versailler Vertrages eine ganz willkürliche Auffassung des Danziger Staates und der Danziger Souveränität vorbringt, sich auch auf allen Gebieten bemüht, das Polen im Versailler Vertrag zuerkannte Staatsrecht in Danzig zu be seitigen, fordert der Sejm die Regierung auf, Schritte zu unternehmen zur Herbeiführung der zuständigen Sachlage in der Gesamtheit der polnischen Angelegenheiten in Danzig und damit zur tatsächlichen Sicherstellung des Zugangs Polens zum Meere.“

Eine wichtige Entscheidung des höchsten Gerichts in Warschau.

Das Oberste Gericht in Warschau hatte am 16. Februar 1924 die Berufungsinstanz einer jüdischen Arztin zu entscheiden, die von der Vornamensverurteilung verurteilt worden war, weil sie bei der Registrierung im Gesundheitsamt den Vornamen Buda statt ihres richtigen Vornamens Ryfka angegeben hatte; für die Verurteilung maßgeblich war Art. 272, Abs. 2 des russischen Strafodez, der eine Bestrafung von Juden vorsieht, die selbständig in der Geburtsmatrix verzeichneten Vornamen oder Namen ändern.

Die Verurteilte behauptete in der Berufungsinstanz, der Art. 272, Abs. 2 des Strafodez sei ungültig, da er den die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz statuerenden Artikeln 96 und 111 der polnischen Verfassung, sowie den Artikeln 1, 2 und 7 des Minderheitschutzvertrages widerspreche.

Das Oberste Gericht ging auf den Minderheitschutzvertrag nicht ein, sondern prüfte nur die Frage, ob die der Verfassung nicht widersprechenden früheren Gesetze am 1. Juli 1921 (Veröffentlichung der polnischen Verfassung) automatisch außer Kraft getreten seien oder durch besonderes Gesetz aufgehoben werden müßten, da Art. 162, Abs. 2 der Verfassung die Regierung verpflichtete, bis zum 17. März 1922 ein Gesetz vorzulegen, das alle mit der Verfassung nicht übereinstimmenden Gesetze mit dieser in Übereinstimmung bringt, und daß die Regierung dieser Forderung nicht nachgekommen ist.

Das Oberste Gericht sagte in seiner Entscheidung: Grundsätzlich seien nicht alle Rechtsvorschriften, die mit der Verfassung nicht übereinstimmen, am 1. 7. 1921 rechtmäßig geworden; man müsse unterscheiden zwischen Rechtsvorschriften, die als der Verfassung widersprechend unzulässig werden, ohne daß sie durch neue Rechtsvorschriften erneut werden müssen — und solchen, bei denen die automatische Wirkung der Verfassung offenbarlich Verwirrung hervorruft, so daß besondere Rechtsvorschriften, die sie mit der Verfassung in Übereinstimmung bringen, zweifellos notwendig seien.

Die Vorschriften der erstenartigen Art seien ipso jure am 1. 7. 1921 erloschen, denn: „Keine andere Auslegung widerspräche der offensichtlichen Absicht des verfassunggebenden Gesetzes, dessen zweifellose Sorge es war, so schnell wie möglich in der Republik die öffentliche Ordnung auf ewige Grundsätze des Rechts und der Freiheit zu stützen, die Entwicklung aller ihrer moralischen und materiellen Kräfte zu sichern und allen Bürgern Gleichheit zu gewähren.“ Für diese Interpretation spricht auch der Umstand, daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers sein konnte, unnötigerweise die Realisierung der Grundsätze zu verzögern, die er als gerecht anerkannt und beschlossen hat. Es wäre auch nicht mit seiner Absicht übereinstimmend, diejenigen Rechtsvorschriften aufrecht zu erhalten, die er als schlecht und dem neuen System widersprechend anerkannt hat — nur um dem fünfjährigen Gesetzgeber die vielfach unnötige Arbeit zu machen, ausdrücklich eine Reihe von Vorschriften aufzuheben, die man schon im Sinne des Grundsatzes „lex posterior derogat priori“ sofort aufheben kann.“

Daher kam das Oberste Gericht zu dem Schluß, daß Art. 272, Abs. 2 des russischen Strafodez durch den dort gebrauchten Ausdruck „Jude“ eine Bestimmung darstelle, die sich nur auf eine gewisse Kategorie von Personen beziehe, daher im Widerspruch zu den Art. 96 und 111 der Verfassung stehe und seine Rechtskraft verloren habe. Im praktischen Falle wurde allerdings die Berufungsinstanz, dennoch abgewiesen, da nach Art. 272, Abs. 1 des Strafodez, der durch die Verfassung nicht aufgehoben worden sei, niemand

Ans Licht des Tages.

Die beginnende Sejmssession.

Der „Kurier Polki“ schreibt:

„Die nach der Ferienpause beginnenden Sejmberatungen werden unter dem wirtschaftlichen Beidien stehen. Die Signatur dessen ist die Begleitung zur Session: das gestrige finanzielle und wirtschaftliche Projekt des Herrn Grabbski. Die Staatswirtschaft, deren Spiegel das Budget ist, wird den Hauptgegenstand der Sejmberatungen bilden, und der Zusammenhang zwischen Budget und Wirtschaftspolitik, die Hauptzweck der Sejmberatungen. Wirtschaftlich ist also der Hintergrund, auf dem sich in den nächsten Monaten die Innenpolitik des Staates, die Handlungen der Regierung und die Mandate der Parteien, und somit auch das gegenseitige Verhältnis dieser beiden Faktoren, abspielen werden.“

Als der Sejm in die Ferien ging, charakterisierte schlechte Laune dieses Verhältnis. Die ergötzende, aber auch wiederum unerfreuliche Geschichte des ein-, drei- und schließlich zweimonatigen Haushaltspolitik gab die damaligen Stimmungen getreu wieder. Im Zusammenhang damit ist es wert, an die Episode zu erinnern, die der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt ist und die ein Blick wirkt auf das Wesen und den politischen Wert jener schlechten Laune.

Unsere Leser erinnern sich, daß auf Betreiben unseres neuen Arbeitsministers Solak der Lodzer Konflikt über die Arbeiterlöhne in der Textilindustrie im Dezember durch einen Schiedsspruch erledigt wurde. Einer der strittigen Punkte während der Schiedsverhandlung war der Termin, bis zu dem der neue Vertrag gelten sollte. Die Arbeiter verlangten zuerst sechs Monate, die Unternehmer waren für einen zweimonatigen Termin, und der Schiedsrichter schlug drei Monate vor. Beide Seiten nahmen den Vorschlag an.

Zu gleicher Zeit, da der Sejm auseinanderging, fand am 23. Dezember in Lodz eine Versammlung der Fabrikbesitzer des Verbandes „Praca“ statt, in der der Leiter des Verbandes über die Schiedsangelegenheit referierte. Indem er die Zustimmung der Arbeitervertreter zur dreimonatigen Vertragsfrist begründete, erklärte er, daß für die Rücksicht entscheidend gewesen sei, daß die Regierung Grabbski nur ein Provisorium bis zum 1. März erhalten hatte.

Wo ist Rom, wo ist die Krim, und wo sind die Schenken von Polessie? O nein! Denn der Referent fügte hinzu: „Was dahin also wird die Steuerung wahrscheinlich nicht steigen.“ Aber, so sagte er weiter — wir zitieren mörklich einen der Lodzer Blätter — „vom 1. März werden auf dem Sejmkreis Wechsel eintreten, denn die Nationaldemokratie, die Wyzwolenie, die Witoldleute und die nationalen Minderheiten wollen das gegenwärtige Kabinett stützen, und wenn Grabbski nicht da sein wird, dann wird die Steuerung zunehmen.“ Davor wird laut gesprochen, und das Schicksal des gegenwärtigen Kabinetts ist bestimmt. Deshalb gingen die Arbeitervertreter auf eine Vertragsdauer bis zum März ein. Im März werden die Arbeiter freie Hand haben und mit neuen Forderungen auftreten können.“

So sprach ein Vertreter der in Lodz einflussreichen Nationalen Arbeiterpartei. In seiner Darstellung der Dinge liegt wohl eine bestimmte Vereinfachung der Argumentation, eine „Gedankenkürzung“ ad usum der breiten Massen, aber zweifellos ist das der Niederschlag der Auffassung in diesen Massen, die mit schwierigen Lebensbedingungen zu kämpfen haben. Der Sturm Grabbskis — das Anwachsen der Steuerung.

Aber es ist noch etwas anderes. Es ist sonderbarer Fatalismus, Resignation oder vielleicht Stoizismus angesichts einer wohl nahenden Katastrophe. Das Schicksal des Kabinetts ist besiegt — sein Sturz wird unheilvoll sein — aber was machen? Datin liegt die Anerkennung der unvermeidlichen Tatsachen, daß die Bewegungen der Parteien in völliger Loslösung vom wirklichen Leben seinen Bedürfnissen und Geboten — in dem Valuum vor sich gehen.

Seit der Zeit dieses Referats des Herrn Kazimierzczak hat sich in jenen Parteiuuungen vieles geändert. Die bedeutsame Auslassung des Sejmarschalls Katala, die die Möglichkeit einer Regierungskrise in der nächsten Zukunft ausschließt, ist die hervorragendste Erscheinung dieses Wechsels. Niemandem erscheint im Augenblick das Schicksal des Kabinetts „prädestiniert“. Aber ob jene Lösung unserer politischen Parteien vom Leben ebenfalls zur Vergangenheit gehört, oder ob sich die Entfernung zwischen dem Terrain ihrer Bewegungen und der Wirklichkeit wenigstens verringert hat? Man müßte ein großer Optimist sein, wenn man diese Frage bejahend beantworten möchte. Und nichts ist hier vielleicht charakteristischer als die Tatsache, daß die eigene Partei des Redners, der vor einem Monat den Aphorismus prägte: Sturz der Regierung — Anwachsen

der Steuerung, heute über — ihr Verhältnis zur Regierung beraten soll.

Dieselbe Ercheinung der Loslösung der Politik vom Leben können wir auch in anderen Gegenden der Abgeordnetenkammer beobachten. Wir wissen zum Beispiel, daß für unsere Industrie, und also auch für unsere ganze Volkswirtschaft, unter den gegenwärtig schwierigen Ablaufbedingungen die Möglichkeit wäre, das Programm der Regierungsbestellungen weit hin festzulegen. Das ist ein Postulat, das in jeder Versammlung größerer Wirtschaftskreise unseres Landes mit wachsendem Nachdruck wiederholt wird. Aber wie ist denn die Festlegung eines solchen Lieferungsprogramms ohne ein ganzjähriges Budget möglich? Wie ist sie dann möglich bei einer Wirtschaft von Monat zu Monat? Und gerade die Parteien im Sejm, deren Stolz es ist, daß sie die Interessen der großen Produktion repräsentieren, — diese selben Parteien waren die Hauptakteure in der trauriger Decemberfare vom Provisorium. Von ihnen ging in der Kommission der Gedanke aus, die gesetzliche Grundlage der Innenvirtschaft auf einen Monat zu beschränken. Und heute hört man, daß das Budget für das laufende Jahr vom Sejm — nicht vorzeitig erledigt werden wird. Das ist wieder ein Beispiel für die parlamentarische Laiität, die ganz losgelöst ist von den Bedürfnissen der Bevölkerung und direkt gegen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Produktion geht. Wie verhalten sich angesichts dieses armseligen Stichworts die patentierten Vertreter und Verteidiger dieser Produktion? Ob sie begreifen, daß das Budget ohne irgend welche weiteren Provisorien im Interesse der Anschauung des Staates und seines Kreises beschlossen werden muß?

Die beginnende Sejmssession wird früh eine Antwort auf diese Frage bringen. Gleich in den ersten Tagen der Sejmberatungen müßte es sich zeigen, ob der Ernst der wirtschaftlichen Lage des Staates endlich um zu Innenpolitik aus den Klubräumen ans Licht zu führen vermugt — an das Licht des Lebens.

Die Staatseinnahmen in Polen.

Der Monat Dezember 1924 war im Hinblick auf die Voll- und Monopolsteuer ein Rekordmonat für den Staatsfiskus. In diesem Monat sind auf Grund zeitweiliger Vergleich 168,2 Millionen zt gegen 187,5 Millionen zt im November eingelommen.

Zusammen sind im Laufe des Jahres 1924 in Steuern und Monopolen 1 195 158 517 zt gegen Voranschlag des Jahres in Höhe von 1 072 058 000 zt eingelaufen. Somit kamen 11,48 Prozent mehr ein, als der Voranschlag rechnete.

Die Überschuld der Einnahmen über den Vorschlag wurde dadurch erzielt, daß die Einnahmen aus indirekten Steuern nicht den ganzen Voranschlag, sondern nur 98,4 Prozent des selben ergaben.

Die Einnahmen aus den direkten Steuern überschreiten den Voranschlag um 88 Prozent, die Zölle ergaben 88 Prozent mehr, die Stempelgebühren 62 Prozent, das Monopol 72,5 Prozent mehr, als vorgesehen war.

Als charakteristische Belastung der Bevölkerung mit Steuern bringen wir folgende Tabelle:

	Indirekte Steuern in Millionen zt:	Direkte Steuern	Stempel-gebühren	Monopole
Jänner	7,7	3,8	2,5	3,5
Februar	36,2	11,6	7,5	8,9
März	59,1	11,8	18,0	5,9
April	50,0	17,0	21,1	6,1
Mai	29,6	15,8	17,5	6,3
Juni	30,2	18,7	17,7	6,2
Juli	40,5	21,4	22,3	7,4
August	24,8	24,4	22,7	6,9
September	22,7	23,1	19,1	7,8
Oktober	53,2	24,4	22,0	8,6
November	58,2	23,5	23,5	8,8
Dezember	84,5	27,0	26,1	15,9

Aus obiger Tabelle geht hervor, daß aus den indirekten Steuern, die ungleichmäßig auf Grund der verschiedenen Steuertermine und Gründungssteuer einlaufen, die Belastung der direkten Steuern in der zweiten Jahreshälfte vollständig gleichmäßig ist (21,4—24,4, ausschließlich der Monat Dezember ergab auf Grund der Einziehung der Rückstände mehr). Die Stempelgebühren, die der Hinweis des Industries und Handelslebens sind, zeigen einen langsamem, doch ständigen Zuwachs, daselbst betrifft auch die Einkünfte aus den staatlichen Monopolen, die systematisch trotz der Investition im Zusammenhang mit der Übernahme der privaten Tabakfabriken steigen.

Die steigenden Einnahmen aus direkten Steuern und Monopolen zeigen, daß die Steuerfähigkeit des Volkes nicht abnimmt.

Um die Tabelle der Steuereingänge von 1924 zu vervollständigen, bringen wir die Vergleichung besonderer Positionen:

Aus indirekten Steuern (unter Ausschluß von Vermögenssteuern) waren 297 790 000 zt vorgesehen. Gezahlt wurden 298 052 608 zt.

Die direkten Steuern waren mit 178 750 000 zt vorgesehen und erzielt wurden 233 261 917 zt.

Aus den Zöllen waren 120 000 000 zt vorgesehen, während 226 167 809 zt erzielt wurden.

Für Stempelgebühren waren 48 930 000 zt vorgesehen und 79 333 156 zt wurden erzielt.

An Ausfuhrgebühren waren 9 568 000 zt vorgesehen und 18 744 623 zt wurden erzielt.

Aus dem Monopol waren 89 015 000 zt vorgesehen und 158 573 619 zt wurden erzielt.

Für Vermögenssteuer waren 333 000 000 zt vorgesehen, in Wirklichkeit sind aber 40 Prozent weniger auf Grund der vom Staat erzielten Erleichterungen und Verjüngungen erzielt worden. Dieses Defizit wurde jedoch aus anderen überschüssigen Steuerquellen gedeckt.

Unsere Handelsbilanz in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres verbessert sich, dank der seit August vergangenen Jahren steigenden Ausfuhr. Nach den letzten Statistiken hatte die Ausfuhr im August einen Wert von 68,4, im September von 93,7, im Oktober von 109,1, im November nach bisherigen Angaben, die sich aber jedenfalls erhöhen, von 123 Millionen zt.

Die Kirche im Memelland.

In der memelländischen Kirchenfrage ist infolge einer neuen Wendung eingetreten, als das Landesdirektorium eine Verordnung „betreffend die Organisation der Verwaltung der evangelischen Landeskirche des Memelgebietes“ erlassen hat, die zwar noch nicht in Amtsblatt, wohl aber schon in zwei litauischen Beiträgen veröffentlicht ist. Die Verordnung sieht als oberste Kirchenbehörde eine nach der Verordnung des Kirchenkommissars vom 24. April 1924 zu bildende Landeskynode vor. Aus ihr wird der Landeskynodalrat gebildet, dem der Vorsitzende der Landeskynode sowie zwei vom Landesdirektorium zu ernennende Mitglieder angehören. Dem Landeskynodalrat werden die Befugnisse des Konistoriums in Königsberg und des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin übertragen. Ihm liegt die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten außerhalb der Tagung der Landeskynode ob.

Der litauische Sejm hat fürstlich einen Vorschlag angenommen, fremdsprachliche Bücher und Zeitungen mit einem Zoll von 2 Lit pro Kilogramm zu belegen. Der Vorschlag ist vom litauischen Schriftstellerverband ausgegangen und soll der Bekämpfung der russischen und deutschen Literatur dienen.

Die russisch-französische Schuldenregelung.

Hierzu wird halbamtlich von französischer Seite mitgeteilt, daß Herrriot sich lebhaft gegen die Ausführungen Rykows über die Schuldenfrage gewandt habe. Herrriot erblieb darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Im übrigen habe Herrriot bei dem russischen Botschafter darauf gedrängt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich hinsichtlich der Schuldenfrage durch eine Erklärung der russischen Regierung beruhigt werde. — Der Präsident der Republik, Doumergue, hat gestern nachmittag ebenfalls den russischen Botschafter Krassin empfangen. Von ancheinend gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß aus den Unterredungen, die der französische Botschafter in Moskau, Herrebbe, mit Schriftsteller gehabt habe, der Eindruck gewonnen worden sei, daß Russland in der Schuldenfrage keine durchaus intriganige Haltung einnehme. Weiter wird mitgeteilt, daß Herrebbe das Inventarium der in Russland beschlagnahmten französischen Güter aufgestellt begonnen habe.

Englands wirtschaftliche Bilanz.

In einem längeren Leitartikel: „England zwischen Macht- und Wirtschaft“ zeichnet in der „Döbl. Ztg.“ der Nationalökonom Dr. Hermann Ley die wirtschaftliche Lage Englands wie folgt:

„Man erkennt wieder einmal: daß öffentliche Leben Englands verläuft nach gewissen grundlegenden, mit der Regierung wechselseitigen Richtungen, die sich charakteristischerweise nicht auf Teilgebiete erstrecken, sondern alle Gebiete des öffentlichen Lebens beeinflussen. Diese Einheitlichkeit der Richtung ist immer wieder Englands politischer Vorteil, schon weil sie eine Atmosphäre unbedingter Klarheit schafft. Was heute die englische Entwicklung kennzeichnet, ist die Frage: Machtpolitik oder Wirtschaft? Darf man den wirtschaftlichen, den geschäftlichen Bedürfnissen aus politischen, imperialistischen, partei-politischen oder bundesgenossenschaftlichen Rücksichten weiterhin Befreiung anstreben und Belastungen abwehren lassen?“

denn eine Teilung gewesen. Wenn er aufrichtig sein wollte, so hätte er Uschi ganz gehört, und für die Mutter war kaum noch Platz in seinen Gedanken und in seinen Tagen gewesen.

„Aber ich liebe sie doch nicht weniger!“ sagte er jetzt, aus seinem Grübeln heraus, wie ein verzogener Junge.

Die Carini lächelte. „Das bildest Du Dir nur ein. Die Liebe zur Mutter ist bei Dir zurückgetreten vor der Leidenschaft zur Geliebten. Mache Dir das nur einmal richtig klar, Udo. Denke, wie Dir zu Mute gewesen wäre, wenn Dir die Mutter in früheren Jahren einmal einen Stiefvater ins Haus gebracht hätte, dem ihre ganze Liebe, ihre Zärtlichkeit, ihr ganzes Wesen gehörte. Wie hättest Du Dich wohl damit abgefunden?“

„Das ist ganz etwas anderes, Ruth!“

„O nein,“ beharrte sie, „es ist genau dasselbe.“

„Dass die Eltern ihre Kinder an einen anderen Menschen verlieren, ist die Norm. Dass man Stiefeltern bekommt, Gott sei Dank nicht.“

„Aber eine so junge, schöne Frau wie Deine Mutter, war geschaffen für eine zweite Ehe, Udo, vergiß das nicht. Sie unterblieb aus Rücksicht auf Dich. Aber wäre Ellen sie eingegangen, so hättest Du nicht so sehr unter ihr leiden müssen wie sie jetzt unter Deiner Ehe. Sieh sie Dir doch einmal an. Aber Du hast ja gar keine Augen für sie.“

„Ich bin ganz verstört, Ruth, wenn es wirklich so ist, wie Du sagst. Ich wollte glücklich sein! Weiter nichts!“

„Aufwachen, nicht mehr blind und gefühllos für Deine nächste Umgebung durch Deine Tage gehen. Deine Mutter wieder das geben, was ihr an Liebe und Zärtlichkeit gebührt.“

„Sie war mir im Herzen doch immer dieselbe, Ruth.“

„So zeige es ihr wieder, Udo.“

„Ich glaube, es ist sehr schwer, in einer Ehe zu leben, in der noch ein dritter geliebter Mensch ist, Ruth,“ sagte er grüßlerisch. „Ich fürchte, einem von den beiden wird immer Unrecht geschehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(Nachdruck verboten.)

Die junge Frau nickte schweigend. Ein Würgen saß ihr in der Kehle. Warum ließ Udo sich von dieser unheimlichen Fremden manipulieren? Warum mußte sie das Feld vor ihr räumen? Warum verzichtete er nicht lieber auf Ruth Carinis Mitarbeiterschaft?

Sie wußte ja, daß er sich viel von ihrer gemeinsamen Tätigkeit verprach. Sie wußte, wie die Aussicht ihn lockte, endlich wieder etwas mehr zu verdienen. Die schreckliche Geldentwertung, in der man lebte, durch höhere Einnahmen, wenigstens einigermaßen ausgleichen. Ruth Carini war eine große Chance für ihn. Ellen und Udo hielten ungehobelt von ihrer starken Begabung. Beide nannten die Künstlerin genial. Sie war es vielleicht. Aber dennoch...

Alle Gründe, die der Verstand Uschi hatte, wurden überdeckt von ihrem dummen, ungeduldigen, eifersüchtigen Herzen. Udo mit dieser pilaten, rassinierten Frau allein lassen selbst verschwinden zu müssen, schien ihr unendlich hart und ungerecht.

Udo war ärgerlich, nachdem seine kleine Frau das Zimmer verlassen hatte. Die Carini sah es. Sie beobachtete ihn. Jetzt war erst recht keine Stimmung für den Anfang ihrer Arbeit. Das fühlte sie wohl. Und darum sagte sie:

„Weißt Du eigentlich, Udo, daß Schazi leidet?“

Er wandte ihr rasch seinen dünnen Kopf zu. „Was sagst Du da, Ruth? Schazi leidet? Warum?“

„Deine Frage zeigt mir, wie naiv und — egoistisch Du bist mein Junge. So habe ich es mir gedacht. Du lebst in hellerlicher Ahnungslosigkeit neben dem besten, edelsten, aufopferndsten Menschen dahin und siehst nicht einmal, daß er Sorgen und Nüsse hat.“

Udo wurde nervös. „Willst Du nicht deutlicher sprechen, Ruth?“

„So wie Du die Dinge darstellst, sind sie nicht. Hat Schazi sie Dir so gezeichnet?“

Aus Stadt und Land.

Posen, den 22. Januar.

Reorganisation der staatlichen Forstverwaltung.

Der Ministerrat hat beschlossen, die staatliche Forstverwaltung zu reorganisieren. Mit dem 1. Februar d. J. tritt die neue Einteilung der Forstdirektionen in Kraft. Errichtet werden nachstehende Direktionen:

1. Direktion der staatlichen Forste in Warschau für die Wojewodschaften Lódz, Warschau und Oberschlesien, sowie für die Bezirke Bendzin und Czestochau der Kielcer Wojewodschaft und den Bezirk Garwolin der Lubliner Wojewodschaft.

2. Forstdirektion in Radom für die übrigen Bezirke der Wojewodschaft Kielce und einige Bezirke der Wojewodschaft Lublin. Weitere Forstdirektionen in 8. Siedlce, 4. Biadlowie, 5. Wilna, 6. Luck, 7. Lemberg, 8. Thorn, 9. Bromberg, 10. Posen.

Keine Viehbeschlagnahmen bei Steueränderungen.

auf die Fragen der Landwirte hat das Finanzministerium telegraphisch angeordnet, daß zukünftige Steuern nicht durch Pländungen des landwirtschaftlichen Viehbestandes begegnet werden dürfen.

Eine bittere Pillle.

Im Mai v. J. kaufte ein Herr bei einem hiesigen Kleinhändler fünf Meter, für die er 840.000 Mf., d. h. 16.000 Mf. für das Stück, zahlten mußte, während der Marktpreis damals 130.000 Mf. war. Der Herr forschte weiter nach, und als er völlige Gewissheit hatte, daß er übers Licht geschauen worden war, ging er noch einmal zu dem Händler und fragte ihn, ob er sich nicht geirrt habe. Die Antwort lautete in unmisslicher Zone: "Ausgeschlossen!" Nun stellte der Herr Strafantrag. Die Folge war, daß der Händler einen Strafbescheid über 160 zl erhielt. Der Händler erhob Widerspruch. Am 18. d. Mts. wurde der Fall vor dem Friedensgericht verhandelt mit dem Ergebnis, daß, wie der "Kurier" berichtet, der Strafbescheid bestätigt wurde; außerdem muß der Händler den damals zu viel erhobenen Betrag an den Staat zahlen. Das Urteil wird während vierzehn Tagen im Laden des Händlers angeschlagen.

Reichste egrammabrechbuch Deutschlands.

Wie alljährlich, so ist auch Ende des vergangenen Jahres das deutsche Reichstelegramm-Adreßbuch erschienen. Es enthält nicht nur die sämtlichen Vorchriften des Telegrameinverkehrs und der gesamten Gebühren, sondern auch den internationalen Hotel-Telegraphenschluß, die sämtlichen Inhaber von Telegrammadressen im Deutschen Reich, etwa 72.000, und die etwa ebenso zahlreichen Firmen gleichfalls alphabetisch geordnet, die eine Telegrammadresse besitzen. Der Wert dieses Adreßbuches erhält aus dem Umstand, daß beispielweise nicht weniger als 44 Firmen der neuen Funkindustrie mit ihren Telegrammadressen, wie: Radioapparate A.-G., "Radiapal", Radio Hochfrequenz Vertriebsgesellschaft m. b. H. "Radio", Radio-Telephonie-Gesellschaft "Headphone" usw. verzeichnet sind. Das Reichstelegrammabrechbuch liegt im Deutschen Generalkonsulat aus und kann von jedermann als Nachschlagewerk, Bezugsgeschäftsnachweis usw. benutzt werden.

Die unerlässliche Zeitungsreklame.

Die nachstehenden beachtenswerten Auslassungen entnehmen wir der letzten Nummer des "Konfektionär". Sie sprechen für sich und seitens der Beachtung aller Interessen besonders empfohlen:

"Wie wertvoll für den Schuhhändler die Tageszeitungsreklame ist, wird so manchem Interessenten erst durch das Richterschein der Blätter bewußt. So haben auch jüngst an meinem Wohnsitz, an welchem wegen eines Buchdruckereitsels die Tageszeitungen nicht erschienen, und das leider gerade, als in den Taschen des Volkes Geld vorhanden war, die Detaillisten die Macht solcher Propaganda erstaunlich schäkern gelernt."

Auch in Amerika streift man. Nur zeigt sich alsdann dieser Ausländer großäugiger als der Deutsche. Er warte nicht nur ungeduldig auf das Richterschein, sondern legt in jeder erdenklichen Art selbst Hand ans Werk. So war in Neuhof jüngst ein solcher Zeitungsreis, der sogar eine über Erwartung lange Dauer annahm. Seine Beendigung war dann natürlich von seiner Seite

so begrüßt, wie von den Kaufleuten, aber auch von den Banken. Die Neuhorster Geschäftswelt ist sich darüber einig, daß sie durch das Richterschein der Zeitungen ungeheure Verluste erleidet. Es war den Geschäftleuten einfach nicht möglich, mit ihren Kunden in dauernder Beziehung zu bleiben, und das fehlte der Anzeigen wirkte äußerst ungünstig auf den Besucher der Geschäfte.

Für die Wichtigkeit der Anzeigen im Neuhorster Leben ist die Tatsache bezeichnend, daß an jedem Wochentag für etwa 260.000 Dollar in den Neuhorster großen Zeitungen annonciert wird, und an jedem Sonntag für über 400.000 Dollar. (Da stand sogar das Jahrmarkt.) Am ersten Tage nach dem Streik hatten die Neuhorster Times 286 Spalten Anzeigen in ihrer Ausgabe von 48 Seiten; sie mußten aber noch 500 Spalten mit Anzeigen, die für die erste Ausgabe aufgegeben waren, aufzüllen.

Die großen Geschäfte und Bankhäuser haben alles Mögliche versucht, um die Zeitungsanzeigen zu erschöpfen. So wurden in die Schaufenster große Tafeln gestellt, die die Anpreisungen enthielten. Die Wände der Geschäftshäuser waren über und über mit Plakaten bedeckt. Man schickte große Kolonnen von Leuten durch die Straßen, die Plakatplatten herumtrugen. Ein großes Warenhaus entschloß sich sogar dazu, eine eigene tägliche Zeitung herauszubringen, die nur Anzeigen enthielt, und die Zeitung wurde unentwegt auf den Straßen und in den Zeitungsbuden verteilt. Andere Geschäfte schickten jeden Tag durch die Post Ankündigungen an ihre Kunden, und als diese Aufschriften nicht genug waren, schickte man sogar Telegramme und "eilige Nachrichten" in die Häuser, um zu den billigen Ausverkäufen einzuladen. (Man könnte also dem Publikum nicht einmal die Nachrufe und stört es auch dort noch mit der Reklame. Was würden nur unsere Reklamegegner in Deutschland zu dieser Ausdrücklichkeit sagen?)

All diese mit unglaublich hohen Kosten verknüpften Anstrengungen, die Händler herbeizuladen, hatten trotzdem nicht den Erfolg, den eine einzige Zeitungsanzeige sonst aufweist. Großen Vorteil hatten die Geschäfte in den Vorstädten von dem Streik, da die Vorstadtdzeitungen weiter erschienen und sie ihre Ausverkäufe anzeigen konnten. Viele Geschäftsfirme annoncierten in den Blättern von Philadelphia, weil diese auf dem schnellen Wege nach Neuhof gebracht und viel gekauft wurden. Man erahnt jedenfalls die Notwendigkeit der Zeitungsreklame und schätzt sie jetzt nach dieser Erfahrung um so höher."

X Ordensverleihung. Stadtpräsident Dr. Szwedski in Bromberg ist vom französischen Staatspräsidenten mit dem Orden der Ehrenlegion mit dem akademischen Abzeichen ausgezeichnet worden.

s. Auszeichnung. Den Staatspreis von 5000 zl hat die Literaturkommission dem Schriftsteller Stefan Żeromski für sein neuestes Werk "Wiatr od morza" (Der Wind vom Meer) erhalten. Żeromski hat bekanntlich unlängst den Nobelpreis erhalten.

s. Eine Anerkennung des Tenuierungsmultiplikators. Die Beamtin erhalten am 31. d. Mts. das Gehalt in der letzten Höhe ausgeschüttet.

s. Todessfall. Plötzlich gestorben ist in Warschau der Direktor der Buchdruckerei in Schwedz, Waldemar Engelhardt.

s. Auch falsche Zehn-tysiące gibt es. Das Bildnis Kosciukos in Numeratur, nachdruck und kost aufgeführt. An der Belebung in dem Atelier ist statt "uebwaly" geordnet, "uchway" und in dem Wort "Sejmowej" ist anstatt des ersten "e" ein "h" geordnet. (Shymowej). — Die bereits erwähnten 500.000 zl können in einer solchen Gedenkung eingespart werden: Das Wasserzeichen ist rechtzeitig und fast unsichtbar. Das Papier ist härter. Die Nummerierung der Halbtöne ist geordnet. Nach dem Buchstabend und der Nummer der Serie befinden sich auf den Halbtönen Punkte, während bei dem echten nur nach dem Buchstabend ein Punkt ist. Auf dem Bildnis Kosciukos ist das rechte Auge kleiner als das linke, und die Nase an ihrem Ausga. ge zu stark zur die Mundpartie ohne Oberlippe, die Haare dicker und nach verschieden Richtungen wachstüder; unterhalb des Halses steht die Kravatte. Die Haarschäfte sind in der Farbung dunkler, das Schildwappen hümpferhaft, die Aufschrift "50 złotych" dicker.

s. Konsuls. Über das Bründen der Firma Nowicki und Gabarelli, Kurt Towarow Włodzimierz T. z o. p., Krammerstrasse 19/20, ist am 31. d. Mts. der Konsul ernannt und zum Konsulvenialer der Buchherre Włodzimierz Taborowski. Włodzimierz Taborowski (sr. Bierut) ernannt worden; Anmeldezeit bis zum 15. März.

#. Nr. 111. Buchwichtaussteigerung in Danzig am 11. und 12. Februar sind gegen 500 Tiere angemeldet. Es kommt sehr gutes Material zum Verkauf. Verladungen besorgt die Heidbuch-

Dies und Das.

Das hessische Landesamt für Bildungswesen hat das monatliche Schulgeld mit Wirkung vom 1. Januar 1923 gestaffelt, und zwar: 1. für hessische Schüler (je zahlen weniger); 2. für Kinder, deren Eltern oder sonstige Unterhaltspflichtige in Hessen und von Ausländern deutsches und von Ausländern (Nichtdeutsche). Hat man's im Staate Hessen nicht herzlich weit gebracht? Erst kommen die Hessen, dann das übrige, wobei es weiter nicht darauf ankommt, ob es Deutsche oder Nichtdeutsche sind. Das Ausland beginnt ja für das hessische Bildungswesen bereits eine Bedeutung hinter Gehen. Es lebe die Kleinstaaterei!

Im deutschösterreichischen Städtchen Baden wird ein Marokkaner, der von der französischen Besatzungstruppe im Rheinland deportiert ist, aufgegriffen. Die hohe Obigkeit beschließt, ihn als lästigen Ausländer abzuschicken, schreibt ihm einen Reisepass mit dem Ziel Marokko (Ägypten) und setzt ihn auf die Bahn. Der brave Marokkaner, der keine europäische Sprache spricht und nur einige französische Worte radbrechen kann, kommt bis Graz. Hier, in der Hauptstadt der Steiermark, stellt die hohe Obigkeit fest, daß Marokko auf keinen Fall in Ägypten liegen könne. Da man aber trotz allem Nachdenken, nicht weiß, was tun, wird der Wüstensohn hinter Schloss und Riegel verwahrt. Ein Monat ist zwangsläufig vergangen; der Marokkaner sieht immer noch in Graz.

Ich habe nie die Geschichte erforschen können, ohne die Erkenntnis, daß die größten Mächte in der Welt und zugleich die einzigen von Dauer die moralischen Kräfte sind. Dafür haben wir die Aussage eines gewiß kompetenten Beruges, nämlich des ersten Napoleon, der während der letzten Tage seines Lebens rückblickend auf das, was er von der Menschheitsgeschichte lannnte, das Urteil fällte, daß Gewalt niemals etwas Bleiben des geschafften habe. Gewalt — ich wage es auszuspinnen — wird auch in dem großen Ringen, das sich jetzt jenseits des Caecans abspielt, nichts Bleibendes schaffen. — Also sprach Wilson am 3. Juni 1918 im Neuhorster Presseclub. Damals gab es noch keinen Verfaßter Vertrag.

In der Tschechoslowakei gibt's noch Karriere. Man singt befehlte als Bonifizierter an, wird dann nationalistischer Dichter, darauf Generalinspekteur der tschechischen Armee, um seine Laufbahn als Generalintendant des tschechischen Nationaltheaters abzuschließen: so Herr Machat, dem der tschechische Staat soeben das Ausscheiden aus der Armee bewilligte, weil er sich mit den Spionen des Prager Generalstabes, die bekanntlich ausschließlich aus Franzosen bestehen, nicht mehr recht verstehen konnte.

Der tschechische demokratische Abgeordnete Dr. Lukášek stellt fest, daß die Deutschen aus dem Gebiet zwischen Karlstadt und dem Erzgebirge (Endetenteutschland) verschieden sind, da die Tschechen in Westböhmen noch immer eine Minderheit seien.

Goethes Faust.

Eine Erinnerung an die Posener Akademie.

Der Krieg hat uns befreit vom Wort, er hat uns erlöst zur Wirklichkeit.

Ein ungeheure Schwall von Wörtern begleitete den Krieg, sie sind verschollen. Es war wie in allen Zeiten: über dem Schlachtfeld wälzte sich Pulverdampf, vor Staub, Schmutz und Rauch war die Bewegung des Gesichts nicht zu erkennen. Die Entscheidung lag im Dunkel. Allmählich wurde sichtbar, was geschah.

Was geschehen ist, wissen wir; was gerichtet worden ist, haben wir vergessen. Weniges nur steht deutlich vor unserer Seele, die ganz großen Täuschungen und die Weltläufe; sie waren Mächte von geschichtsbildender Kraft. Spengler hat uns gezeigt, daß es geschichtschaffende Lügen gibt, z. B. das wirkliche, das unterirdische Ruhland ist ein anderes als die Oberflächengebilde russischen Lebens, das westliche Ruhland, seit 1700 dem eigentlichem Gelehrten des Volkes Geld vorhanden war, die Detaillisten die Macht solcher Propaganda erstaunlich schäkern gelernt.

Auch in Amerika streift man. Nur zeigt sich alsdann dieser Ausländer großäugiger als der Deutsche. Er warte nicht nur ungeduldig auf das Richterschein, sondern legt in jeder erdenklichen Art selbst Hand ans Werk. So war in Neuhof jüngst ein solcher Zeitungsreis, der sogar eine über Erwartung lange Dauer annahm. Seine Beendigung war dann natürlich von seiner Seite

Beweiter ist mit nachdrücklich im Gedächtnis; es hängt mit einander zusammen. Es war um die Zeit, als in einem der führenden Häuser Posens die Kunde eintraf von dem Heldenode eines seiner Söhne. Einige Tage danach erschienen die Eltern — auch sie haben längst unsere Stadt verlassen — in der Vorlesung von Professor Petsch. Als nicht lange darnach ein zweiter Sohn gefallen war, sah man sie öfter unter den Hörern.

Das war es, was diese Vorlesungen auszeichnete, ihre lebendige, geborene, lebengestaltende Kraft. Daher auch — dies ist das Awtrete — der Standpunkt dieser Erklärung. Goethes Faust erschien d. m. überraschend Hörer in einem großen weitgeschichtlichen Zusammenhang, als ein Glied in der religiösen Bewegung der Menschheit. Seine Vorgeschichte finden wir da, wo die religiösen Führer der Menschheit, die Propheten Israels, im Kampfe stehen für die Religion des Geistes gegenüber der Unterwerfung der religiösen Entwicklung, und dann wieder in den religiösen Auseinandersetzungen, die die ersten Jahrhunderte der christlichen Kirche erfüllten, in der "Gnosis". Faust ist eine von den edelsten und reinsten Blüten, die die Gnosis hervorgebracht hat. Was jeder Faustleser fühlt, erscheint hier im Lichte der Religionsgeschichte der Menschheit: So mußte ja jedes erklärnde Verstehen, jede Vertiefung in die Geistesgeschichte Goethes, die bei Spengler einem der großen Kultur-Gelehrten der Namen gebt, den willigen Hörer in den Tiefen eigenen Glaubenslebens ergreifen und zu persönlichen Entscheidungen nötigen. Man fühlt in jenen Tagen, wo der Krieg uns täglich mit den Flügen weitgeschichtlicher Verantwortungen und Entscheidungen beschäftigte, daß Goeths recht hat: Das eigentliche Thema der Weltgeschichte ist der Kampf zwischen Glauben und Unglauben.

Wer Petsch damals verstand, wird ihm seine Faustvorlesung immer danken. Hier war die alte Goethe-Gehörtsfamilie und Faustphilologie, die Robert Petsch ja nicht nur kennt, sondern selbst aufs fruchtbare gefördert hat, überhöht zu Auseinandersetzungen über die leichten Dinge von Philosophie, Kunst, Leben und Glauben. Es war darum nicht nur ein Glück aus vergangenen Zeiten, sondern eine Herzstirbung aus zeit- und raumüberlegener Gemeinschaft des Geistes, als eines Tages vor

½ Jahren Herr Professor Petsch mir seine Faust-Erklärung "schwarz auf weiß" auf den Schreibtisch legte: Goethes Faust. Kritisch durchgesehen, eingeleitet und erläutert von Robert Petsch. In Vinen geb. 6 Mark, in Halbleder geb. 9 Mark (Sonderdruck aus Meiers Klassiker-Ausgaben). Verlag des Bibliogr. Instituts in Leipzig. Auch wer, wie unjeneins, ein Kenner der unübersehbaren Faust-Literatur nicht sein kann, empfindet beim Lesen wieder stark, daß Petsch eigenes Wege geht,

in der Art, wie er eigene Forschung vor uns ausbreite, anderer Meinungen sieht, die Paralipomena neu und übersichtlich gruppiert, das geschichtliche Werden des Werkes aufhellt, seine künstlerische Form erläutert, die Weltanschauung des Dichters analysiert und die philosophischen und religiösen Grundideen der Tragödie deutet. Uns alien Hörern der Akademie erscheint das Werk von Petsch in besonderem Sinne wohlverwandt: wie die Posener Akademie die erste und damals einzige staatliche Volksschule Preußens gewesen ist, so liegt in dieser neuen Faust-Erklärung zugleich eine Volksschule vor, die der gebildeten Leserschaft alles Wissenswerte über Goethes Dichtung vermittelt, zugleich aber auch eine Studienausgabe, die in weit aus-

holender Einleitung, in kurzen Fußnoten und reichen, knapp gesetztem Kommentar, sowie in der Neuordnung der Pläne und Entwürfe in Werden, Gehalt und Form der Dichtung einführt. So lebendig ist diese Erläuterung, so lebendig füllt, daß dem Leser immer wieder Wort und Stimme des Autors im Ohr Klingt, die alten Räume sich um uns aufbauen und die alte Gemeinde der Akademie im Geiste sich um uns sammelt, Hörer und Lehrer. Wir grüßen sie alle und danken Herrn Professor Petsch für sein lebendiges Wort von Herzen.

Schneider.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Uraufführung. Das neue Lustspiel "Dummes Heug wird hier getrieben" von Johannes von Guenther, dessen gesamte literarische Produktion nunmehr in dem Verlag J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart vereinigt ist, wird am 22. Januar in den "Münchener Kammerspielen" seine Uraufführung erleben.

Bend gegen Ossendorf. Nach Ewen Hedin tritt jetzt ein zweiter schärfster Kritiker gegen die tatsächlichen Grundlagen des so schnell verhüllten und gemordeten Buches des polnischen Doktors auf. Geheimrat Albrecht Bend, der herborragende Berliner Geograph, erklärt in dem neuen Heft der "Deutschen Literaturzeitung" auf Grund einer Nachprüfung der tatsächlichen Angaben in Ossendorfs "Tiere, Menschen und Götter" das Ganze für einen Roman ohne Quellenmäßigen Wert. Bend hat die Reiseroute Ossendorfs nachgerechnet und erklärt sie in dieser Form und Schnelligkeit für unmöglich. Was glaubhaft erscheint, ist nach dem Gelehrten folgendes: Ossendorf reiste Mitte Januar 1921 mit einigen Begleitern von Koszogol, in der Absicht, vielleicht durch Tibet nach Indien vorzustossen, nach Ilissatut, verbrachte dort den Rest des Winters und brach im Frühjahr nach Urga auf. Seine Vision des lebenden Buddha erläutert Bend — Hedin folgend — für unglaublich, der jetzige Bogdo Gegen (der lebendige Buddha Ossendorfs) wird dem Kreml nicht mehr gezeigt, es ist ein verächtliches und letzachtes Individuum, eine Schande für Götter und Menschen, ein Greuel für Mönche und Laien. Aber auch Ossendorfs politische Tendenz bei der Auffassung des Romans ist ja, wie Bend betont, nur allzu durchsichtigt: es ist ein Pole, der zuerst die Bestialitäten der roten Russen, dann die der weißen Russen in realistischer Deutlichkeit schildert, und endlich das hohle Bild der Mongolen bringt, die durch Jahrhunderte Russland geplündert haben. An abenteuerlicher Erzählung knüpft Ossendorf an Erlebtes an, aber er fügt Erdrücktes hinzu. Dieser politische Tendenzroman kann also als historische Quellschrift nicht verwandt werden.

Die Memoiren des Präsidenten der Tschechischen Republik, T. G. Masaryk, erscheinen demnächst unter dem Titel "Die Revolution" im Erich Reiß-Verlag, Berlin. Diese Erinnerungen schildern die politische Tätigkeit des Präsidenten, der in den Jahren 1914 bis 1918 in seiner staatsgründenden Mission die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten von Amerika bereist hat und mit den Machthabern dieser Länder in engste Führung getreten ist. Darüber hinaus aber fassen die Memoiren in einem persönlichen Gesamtbild die politischen, geistigen und moralischen Zustände in den obengenannten Ländern zusammen. Das Werk erscheint gleichzeitig in Deutschland und in fast allen anderen Kulturländern.

gesellschaft. Danzig, Sandgrube 21, die auch kostenlos Kataloge versendet. Das Danziger Gebiet ist völlig seuchentrein.

Die Feuerwehr wurde gestern abend 8 Uhr nach dem Hause Grabenstraße 7 gerufen, wo in einer Werkstatt Säcke in Brand geraten waren. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

Als Wäschewiebe festgenommen wurden gestern die 24 Jahre alte Maria Jabłonka und der 23jährige Anton Nowakowski, beide obdachlos, als sie offenbar aus einem Dicke-Stahl stammende nasse Wäsche, die mit P. R. gezeichnet ist, veräußern wollten. Der Eigentümer kann sich im 2. Polizeikommissariat an der Gr. Gerberstraße melden.

Gestohlen wurde gestern einem Manne in der Bulerstraße ein neu lackiertes Fahrrad, Marke "Stevengreis", Freilauf, im Wert von 300 zl.

s. Vom Wetter. Heute, Donnerstag, waren 6 Grad Kälte.

Bvereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 23. 1. 1923. B. ein Deutscher Sänger. Um 8 Uhr abends. Klänge und Lieder.

Sonnabend, 24. 1. 1923. Hanauer Feuerwehr. Schützenfest.

Sonnabend, 24. 1. 1923. Gemütlicher Chor Wilda. Jaroski-Majalek's 8. Maskenball.

IV. Symphoniekonzert der "Philharmonia Poznanska" findet am Sonntag, dem 25. d. Ms., mittags 12 Uhr in der Universitätsaula statt. Als Dirigent wurde eingeladen der Direktor der Warschauer Oper und Leiter des Symphoniekonzerts, Herr Emil Mlynarski, welcher dank seines Kapellmeister-talents sich bereits einen Namen gemacht. Unter anderen Werken gelangt das Vorspiel zu Wagner's "Meistersinger von Nürnberg" zur Aufführung. Der Konzertmeister der Philharmonie, Herr T. Szulc, wird das prächtige Geigenkonzert von Glazunow zum Vortrag bringen. Kartenvorlauf bei Herrn Szreibrowski, Freith Nr. 1, am Tage des Konzerts ab 10½ Uhr an der Kasse.

Der Gemütliche Chor Poznań feiert übermorgen, Sonnabend, seinen Maskenball in den Räumen von Jaroski, in der Marschallstraße. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

* Argenau, 21. Januar. Freitag nachmittag entstand in dem an der Bahnstation gelegenen und der Deutschen Genossenschaft gehörigen Speicher & Co., durch das der Speicher bis auf den Grund eingeschossen wurde. Alles Wahrscheinlichkeit nach ist das Feuer durch Überheizung des eisernen Ofens entstanden. Die Schäden sind bedeutend.

* Domitz, 21. Januar. Ein Transport von 1500 Frauen und Kindern ist dieser Tage über Konitz nach Frankreich abgegangen. Es sind dies die Angehörigen der seit langem in französischen Berlen tätigen polnischen Wiederaufbaubauer. Darunter befindet sich auch ein kleinerer Trupp junger Leute, die im Auslande Arbeit suchen wollen.

p. Lissa, 21. Januar. Am 7. d. Ms. wurde im Walde von Smolno ein Mann tot aufgefunden. Dieser ist nachträglich als der 54 Jahre alte Wojciech Siekierski ermittelt worden. Als Todesursache hat sich Altershöldrigkeit ergeben.

p. Ostrowo, 21. Januar. Das Ovier eines nicht aufgeklärten Unglücksfalls geworden ist offenbar der 28jährige Schlosser Peter Urbaniak vor hier, der am Freitag abend kurz vor 6 Uhr auf dem Eisenbahngleis in der Nähe des höchsten Bahn-hofs als Weiche angetreten wurde. Er war vermutlich durch eigene Unvorsichtigkeit unter einen Zug geraten.

Brieftaschen der Sprachstellung.

Kastenfeuer unterstehen vor dem gegen Einziehung der Bevölkerung unentbehrlich über ohne Gewalt erzielt. Jeder Auftrag ist ein Briefumschlag mit freiem Platz zur eventuellen Beantwortung beigelegt.

§. S. 1. und 2. Sie müssen auch in dem angegebenen Falle ein Gewerbepraktikant lösen. Nähere Einzelheiten erfahren Sie im Städtischen Steuerbüro, Neuerstraße 10. §. Dieses Gesetz ist bereits in den "Polnischen Gesetzen und Verordnungen in deutscher Sprache", die im Büro des Sejmabg. Klinke, Wahl Leibzugsbürogo Nr. 2 herausgegeben werden, veröffentlicht und dort zu haben.

Fr. G. in §. 1. Da es sich um ein ländliches Grundstück handelt, können Sie vor dem 1. Januar 1927 nicht zur Ausübung der Hypothek genehmigt werden. Die Hypothek ist, das sollten Sie aus der wiederholten Erörterung der Angelegenheit im "Pos. Tagebl." endlich wissen, mit 15 Prozent aufzuwerten. 2. Die genannten Bücher können von der Verbandsbuchhandlung der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. in Posen, ul. Zwierzyniecka 6, bezogen werden.

N. P. in §. 1. Die Goldmarktausgabe hat bereits während des Weltkrieges jede Bedeutung verloren. Sie haben infolgedessen nur Anspruch auf eine 15prozentige Aufwertung. 2. Sie haben einstweilen nur Anspruch auf den ursprünglich verabredeten Binschuh. Eine Erhöhung des letzteren kann erst mit gegenseitiger Vereinbarung bei einer Neuerteilung der aufgemerkten Hypothek erfolgen. 3. Nur jene Rechnungswelten sind anzumelden, die gewöhnlichen Hypotheken aber nicht.

Q. Q. in §. 2. Wir haben Ihre Anfragen damals sofort beantwortet, geben Ihnen ausnahmsweise aber noch einmal die Antwort. 1. In der Rentenfrage ist noch keine Entscheidung getroffen, so dass über die Berechnung der Rente noch nichts zu sagen ist. 2. Ob Ihre Abwanderung militärischerseits Schwierigkeiten entstehen werden, müssen wir nicht. 3. Wenn wir Ihnen den Preis für eine Anzeige angeben sollen, müssen Sie uns diese erst im vollen Wortlaut einsenden.

E. R. in §. 2. Zunächst einmal die allgemeine Bemerkung, dass das Erbrecht in gleichem Sinne gilt, einerlei ob jemand polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität oder Optant ist. In Anwendung kommen die §§ 1924—1930 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Im Falle des Ablebens Ihrer Schwiegermutter fallen die drei Häuser und ihr Anteil als Mitinhaber des Hauses mit Geschäft an ihre drei Töchter und an Sie als Rechtsnachfolgerin Ihres inzwischen verstorbenen Mannes, Sohnes Ihrer Schwiegermutter, zu gleichen Teilen.

D. 103. über die Forderung aus Wechseln besagt § 26 der Umlaufverordnung: 1. Für die Anwendung der Säge der Skala des § 2 auf Wechselloforderungen, deren Fälligkeitstermin eingetreten ist, ist die Zeit der Fälligkeit, die auf dem Wechsel festgesetzt ist, maßgebend. 2. Die Forderung wird auf 10 Prozent der nach der Skala des § 2 berechneten Summe umgerechnet, was jedoch nicht ausschließt, dass für die Forderung, die die Grundlage für die Wechselloforderungen abgezogen hat, ein anderer Maßstab für die Umrechnung angewandt wird. — Unseres Dafürhaltens haben Sie Anspruch auf eine 10prozentige Umlaufung.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börse.

Wirtschaft.

Der Verkauf polnischen Staatseigentums kann auf Grund des bestehenden Erhöhungsgesetzes unter Ausschaltung der Parlamente lediglich auf dem Verordnungswege durch den Staatspräsidenten bzw. den Ministerpräsidenten und Finanzminister Grabowski selbständig vorgenommen werden. Die schon vor einiger Zeit angeführte Verordnung über den Verkauf bestimmter städtischer und ländlicher Immobilien in fast allen polnischen Wojewodschaften ist nunmehr im "Dziennik Ustaw" Nr. 118 bekanntgegeben worden. Von den zum Verkauf freigegebenen Staatseigentümern sind außer einer Reihe von Hausgrundstücken, Stadtplätzen, Mühlen, Sägewerken, Biegaleien usw. besonders die folgenden hervorzuheben: "Huta Blachownia", die staatlichen Blei- und Silberhütten in Strzybnica ("Huta Huta Starbowa Czlowi i Czeli"), nämlich in der Kieler Wojewodschaft, die staatlichen Minenfelder in Polnisch-Oberösterreich, die Steinbruchgrube "Sztolomice" in der Krakauer Wojewodschaft, ferner die an eine französisch-russische Gesellschaft und eine Warschauer Gesellschaft verpflichteten Bergbaufusionen, die an S. Grabianski vergebene Erzgewinnungskonzession, sowie die Mechanischen Werkstätten in Biadogon, nämlich in der Wojewodschaft Kielce gelegen, endlich die Holzindustrie in Lomza, die Kleinpolnischen Kleiderproduktionswerke, die Telephon- und Telegraphenapparatefabrik in der Warschauer Wojewodschaft. Eine Beschränkung im Verkauf dieses Staatseigentums liegt insofern vor, als der Wert des Verkaufsobjektes 100 Millionen zl. nicht überschreiten darf; andernfalls muss der Ministerpräsident hierzu bevoilichtigt werden.

Geldwesen.

Aber Anleiheverhandlungen des polnischen Staates im Auslande sind in den letzten Tagen eine Reihe widersprechender Meldungen in die Öffentlichkeit gelangt, die zum Teil auf einer Verwechslung mit Anleiheverhandlungen bestimmter polnischer Industriezweige in Amerika, England usw. zusammenhängen dürften. Richtig ist, dass allerdings auch die Warschauer Regierung für staatliche Investitionszwecke, sowie zur Erlangung von Mitteln für die Kreditgewährung an die polnischen Wirtschaftszweige eine grözere Auslandsanleihe aufzunehmen sucht. "Dziennik Ustaw" Nr. 118 enthält eine Verordnung, durch die der Finanzminister zur Begebung sogenannter Obligationen in Höhe von 215 Millionen zl. mit einer Tilgungsfrist von 20 Jahren ermächtigt wird. Die staatlichen Garantien für diese Obligationen dürfen jedoch nicht mit einer Verpflichtung von Staatsmonopolen oder Staatsbahnen verknüpft sein. Die mit Wirkung vom 31. Dezember in Kraft gesetzte Verordnung bevoilichtigt den Finanzminister weiter, mit einem ausländischen Bantkonsortium einen Vertrag über die Abwicklung dieser Obligationen abzuschließen. — Angeblich soll die Regierung bereits mit einem englischen Konsortium, an dessen Spitze die Royal Dutch Company steht und welches gewisse Raffineriezisionen in Galizien verfügt, Anleiheverhandlungen angeknüpft haben. Wie aus Warschauer Sejmkreisen verlautet, sollen die von dem polnischen Gesandten in Washington mit einem amerikanischen Finanzkonsortium geführten Verhandlungen inzwischen zu einem vorläufigen Abschluss über eine 8prozentige Anleihe in Höhe von 50—60 Millionen Dollar geführt haben. Allerdings seien daran Bedingungen geknüpft, die die Bewegungsfreiheit des polnischen Staates auf dem amerikanischen Aktienmarkt einschränken würden. Aus diesem Grunde werde die Regierung voraussichtlich nur 25 Millionen Dollar aufnehmen. Wenn es zur Bestätigung des Vertrages kommt, soll die Anleihe noch im Februar in der Nordamerikanischen Union ausgeschrieben werden. An der Spitze der potentiellen Finanzkreise steht das Bankhaus Jakob Schiff und die Morgan-Gruppe.

Bon den Märkten.

Hols. L. u. c. 21. Januar. Die Preise für Eiche sind etwas gestiegen. Gezählt wurden in zl.: für 1 Meter Eichenklöpple 90—92, Tischlerklöpple 1. Al. 56—64, 2. Al. 55—60, Erle 25—27,50, Epenklöpple 25—28, Eichenschwellen 5,80—6,10. Breimholz in Scheiten 6—6,50, Erle 4,75—5,30, Steifer 4—5,20, Fichte 3,25—4, Espe 2,50—2,80 pro Meter. Alles solo Wagon Verladestation.

Leder und Häute. Lublin, 20. Januar. Die Gerberei der Gebr. Domski verkaufte schwères Sohlenleder zu 1,10, leichteres zu 1,5, Rindleder 1. Sorte 0,88, 2. Sorte 0,82, Rindherzreung 0,22, Hamburger Schnitt 0,09 für 1 Paar. Alle Preise in Dollar. Lendenz anhaftend.

Wolle. Prof. n. 21. Januar. Im Einkauf: 1. Sorte engl. Grobwolle 310, 2. Sorte gefreute Feinwolle 330, 3. Sorte Reinwolle 330. Im Verkauf: 1. Sorte 330, 2. Sorte 350, 3. Sorte 370, bei einheitlicher Waggonaufladung 390. Lendenz: beständig.

Buch und Fleisch. Warschau u. 21. Januar. Im städtischen Schlachthof wurden in der Zeit vom 13.—16. d. Ms. 418 Kinder, 7 Rinder und 2193 Schweine geschlachtet. In der Zeit vom 20. bis 21. d. Ms. wurden 231 Kinder, 116 Rinder und 175 Schweine geschlachtet. Gezählt wurde solo Schlachthof; für Rind 0,80, für Schwein 1,15, für Schwein 1. Sorte 1—1,10, 2. Sorte 1,15—1,25, 3. Sorte 1,30—1,35 und 4. Sorte 1,40 für 1 kg. Lebendgewicht solo Schlachthof.

Produkt. Danzig 21. Januar. (Richtamtliche Notierung.) Weizen (128/130 f.) 18,75—17,25, (118/128 f.) 14,70—16, Roggen (116/118 f.) 15—15,50, Gerste 13—14, mittlere Gerste 12 bis 12,90, Hafer 10,4—11,5, Erbsen 10,5—12,5, Vitoriaerbsen 14—18, Roggenkleie 9%—10, Weizenkleie 10—11.

Leimberg, 21. Januar. Auf der Getreidebörsen kommen nur Roggentransaktionen zu stande, da die Zufuhr schwach und die Nachfrage nach Roggen und Weizen groß ist. Die Lendenz ist anhaltend. Weizen 38—40, Roggen 28—30, Braunerste 24—25, Mahlgerste 20—22, Hafer 28—25, Brennereiskartoffeln 3,80—4. Außer Roggen sind die Preise ohne jegliche Transaktionen nur schwankungsweise.

Lodz. 21. Januar. Auf dem Lodzer Produktionsmarkt ist die Situation weiterhin ruhig. Die Lendenz wurde für Hafer und Gerste etwas fester notiert. Der Bedarf ist normal außer Hafer, der in größeren Abfängen erfreut. Engrospreise für 100 kg. solo Leds.: Roggen 28—30, Gerste 30, Hafer 27, Weizen 38—39, Roggenkleie 18, Weizenkleie 18, 50proz. Roggenmehl (82 kg.) 38 bis 39, Weizenmehl "0000" (82 kg.) 47—48.

Chlago, 20. Januar. Die Lendenz für Weizen ist fest. Für Mai 190%, Juli 167%, September 155, Roggen Lendenz fest, für Mai 186%, Juli 147%, September 130%. Mais Lendenz fest, für Mai 135%, Juli 136%, September 136%. Hafer Lendenz anhaltend, für Mai 63%, Juli 63%, September 59%.

Hamburg, 21. Januar. Not. Biss. für 100 kg. in holz. Gulden. Weizen Lendenz unverändert, Manitoba 1. 20,80, 2. 20,10, 3. 19,70, Rosaf. 18,80, Barfuß 18,60, Roggen Lendenz unverändert. Western rhe. 1. solo 17, 2. solo 15,15.

Metalle. Berlin, 21. Januar. (Für 100 Kilo.) Elektrolytische Ware (100 Kilo) 142, Raffinaderupfer mind. 89 bis 99,8 Prozent 1,29—1,30, Original-Hüttenblechle 0,88—0,84, Hüttenblech im freien Verkehr 0,76—0,77, Remelted Plattingzinn 0,79—0,80, Original-Aluminium in Blöcken, Barren, gewalzt und gezogen 2,88—2,88, in Barren, gewalzt und gezogen mind. 99 Prozent 2,43—2,48, Vanadium-Zirkat und Australzinn 5,20—5,30, Hüttenzinn mind. 99 Prozent 5,05—5,15, Steinmetz 98—99 Prozent 3,25 bis 3,35, Antimon-Rogulus 1,38—1,35, Silber in Barren 2,81—2,82%, Platin mind. 0,900 94%—95,4%, Gold pro Gramm 2,81—2,82%, Platin 14,75—15,25 für 1 Gramm.

Altmetalle. Berlin, 21. Januar. Kupfer 61—62, Gloden-gut 58—59, Messingkupfer 44—45, Vollmessing 48—49, Messing-abfälle 55—58, Bunt 28—24, neue Zinkabfälle 28—27, Weichblei 22 bis 23, Aluminiumblechabfälle 103—105, Schweizzinn 105—110.

Feinmetalle. London, 20. Januar. Silber 22%, Eisen-zug 32, Gold 87,2, Platin 510.

Kurse der Posener Börse.

Für norm. 1000 zl. in zl. zl.

Beteiligte und Obligationen: 22. Januar 21. Januar

Euros 1000 zl. zl. zl. 5,00 5,00—4,80—5,00

8% dolar. 1000 zl. zl. zl. 2,40 2,40

Banliettien:

Bank Poznański I.—III. Em. 0,45

Bank Przemysłowa 4—11. Em. 3,00

Bank zw. Siedl. Jarosł. I.—XI. Em. 8,00

Posels. Bank Handl. Poznań I.—IX. Em. 1,80—2,00

Bank M. Stachowiaka Bydgoszcz I.—IV. Em. 12,50

Industriekasse:

Arconia I.—V. Em. 1,50

Ciegielski I.—IX. Em. 0,80

Galwanie Bydgoszcz I.—III. Em. 0,55

G. Hartwig I.—VII. Em. 1,70

Hurt. Spółka Spółwymiar. I.—III. Em. 0,75

Herold. W. Szczecin I.—III. Em. 6,00

Jesla I.—IV. Em. 0,75

Katoma I.—III. Em. 2,00

Luwa, Lubelska przem. ziem. I.—IV. Em. 90,00

Dr. Roman Majl. I.—V. Em. 25,00

Mlynny Tarczki Warsaw. I.—II. Em. 12,00

Mlynnotrójna I.—V. Em. 0,60

Piomo I.—III. Em. 0,25

Rom. Spółka Drzewna I.—VII. Em. 1,00—1,10

Tri. I.—III. Em. 1,50

Wed. K. Kowalczyk. B. G. Kowalczyk. Tendenz: behauptet.

Deutsche Bücherei.

5. Liste der Neuerwerbung für den Bücherlesezirkel.

I. Schöne Literatur.

- Berend, Alice: Beiträge eines Spießbürgers. München: Langen 1924. (216 S.)
 Bodisco, Theophil von: Aus einer verfliegenden Welt. Roman. Berlin: Paetel 1921. (236 S.)
 Bruun, Laurids: Canda. Roman. (Aus dem Dänischen von Julia Koppel.) Berlin: Gydendahl o. S. (277 S.)
 Diers, Marie: Die kinderlosen. Roman. Dresden: Seifert 1919. (256 S.)
 Diers, Marie: Die Doktorin von Bullenberg. Aufzeichnungen aus einer alten Erde. Dresden: Seifert 1921. (257 S.)
 El-Corri: Die aus der Brautgasse. Roman. Berlin: Scherl 1921. (172 S.)
 Ehrler, Hans Heinrich: Elisabeths Opferung. Novellen. Stuttgart: Greiner u. Pfeiffer 1924. (124 S.)
 Federer, Heinrich: Papst und Kaiser im Dorf. Eine Erzählung. Berlin: Grote 1924. (566 S.)
 Gerstorff, Adalbert von: Freiherrnhaus und Warenhaus. Roman. Dresden: Reinhart 1920. (338 S.)
 Hirschfeld, Rudolf: Vorführung der Liebe. Roman aus Südtirol. Leipzig: Staedtermann 1923. (320 S.)
 Haas, Rudolf: Der Alte vom Berge. Ein Roman in zwei Teilen. Leipzig: Staedtermann 1921. (288 S.)
 Haas, Rudolf: Heimat in Ketten. Roman. Leipzig: Staedtermann 1924. (255 S.)
 Hamann, Arnt: Das letzte Kapitel. Roman in 2 Bänden. Leipzig, Bürk: Grethlein 1924. (310, 324 S.)
 Heine, Erwin: Blasta und ihr Student. Ein Prager deutsches Studentenstück aus der Gegenwart. Kassel: Ahnert 1924. (236 S.)
 Herwig, Franz: Das Begräbnis des Hasses. Eine ostmärkische Erzählung. Freiburg i. Br.: Herder 1921. (158 S.)
 Herzog, Rudolf: Wieland der Schmied. Roman. Stuttgart: Cotta 1924. (421 S.)
 Hirschfeld, Georg: Die Jagd auf Ubbeloh. Roman. Wien, Leipzig, München: Nikolai 1922. (148 S.)

- Kohné, Gustav: Jugendsehnen. Ein Scharnhorst-Roman. Leipzig: Grunow 1924. (353 S.)
 Löwens, Hermann: Für Siepe und Sitte. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Wilhelm Deimann. Hannover: A. Sponholz 1924. (XV und 121 S.)
 Lüdke, Emil: Die steinernen Masken. Wien, Leipzig: Deutschösterreichischer Verlag 1924. (323 S.)
 Meldeburg, Hugo: Das unsterbliche Wild. Berlin: Fischer 1924. (227 S.)
 Mann, Thomas: Der Zauberberg. Roman. Berlin: Fischer 1924. 2 Bände.
 Poell, Wilhelm: Robinsonland. Hannover: Hann 1921. (326 S.)
 Poell, Wilhelm: Die Heiratsjacht. Ein lustiger Filmroman aus dem Karibikland. Leipzig: Grunow 1924. (227 S.)
 Preißer, Rudolf: Die Zimmer der Frau von Sonnenfels. Berlin: Egster 1924. (311 S.)
 Raßf, Helene: Der Truhmauerhof. Roman aus dem deutschen Südtirol. Stuttgart: Engelhorn 1922. (144 S.)
 Räbka, Clara: Die Sieben und ihr Weg. Roman. Berlin: Kiepisch 1921. (351 S.)
 Remont, W. St.: Polnische Bauernnovellen. München: Georg Müller 1913. (386 S.)
 Rolland, Romain: Danton. München: Georg Müller 1920.
 Rossegger, Hans Ludwig: O du mein Österreich. Leipzig: Dürer & Winter 1920. (76 S.)
 Schaffner, Jakob: Das Wunderbare. Roman. Stuttgart, Berlin, Leipzig: Union 1923. (419 S.)
 Spedemann, Dietrich: Wolken und Sonne. Berlin: Warwed 1924. (291 S.)
 Stegemann, Hermann: Die Vantiger. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1923. (189 S.)
 Teichmann, Hedwig: Im Banne der Heimat. Ein Roman aus den Sogenannten Wältern. Dresden: Wolff 1923. (278 S.)
 Thiele, Frank: Der Leibhaftige. Roman. Stuttgart: Engelhorn 1924. (57 S.)
 Vesper, Will: Der Pfeifer von Nickhausen. Eine historische Erzählung. Leipzig: Haefel 1924. (106 S.)
 Vesper, Will: Traumgewalten. 2. Auflage. München: Beck 1921. (206 S.)
 Vesper, Will: Martin Luthers Jugendjahre. Bilder und Legenden. München: Beck 1918.

- Vesper, Will: Die ewige Wiederkehr. Novellen. Leipzig: Haefel 1922. (198 S.)
 Wagner, Hermann: Die Liebe des jungen Stillfried. Roman. Leipzig: List 1921. (236 S.)
 Wassermann, Jakob: Der unbekannte Gast. Berlin: Fischer 1920. (330 S.) (Der Wendekreis 1. Folge.)
 Wassermann, Jakob: Oberlins drei Stufen und Surrengang. Berlin: Fischer 1922. (306 S.) (Der Wendekreis 2. Folge.)
 Wassermann, Jakob: Ulrike Monlich. Roman. Berlin: Fischer 1924. (XII, 544 S.) (Der Wendekreis 3. Folge.)
 Weichert, Ernst: Der Löwenwolf. Roman. Regensburg, Leipzig: Habbel & Naumann 1924. (257 S.)
 Bahn, Ernst: Jonas Truttmann. Roman. Stuttgart und Berlin: Dt. Verlagsanstalt 1922. (431 S.)

Verchiedenes.

- Gassen, Walther: Das Werden des deutschen Volkes. 3. Band. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt 1923. (580 S.)
 Domaschke, Adolf: Aus meinem Leben. Leipzig und Zürich: Grethlein 1924. (VIII, 367 S.)
 Hinden, Ludwig: Sudetendeutsche Streife. Dresden: Faltenverlag 1924. (97 S.)
 Grube, Max: O Theater! Leipzig und Zürich: Grethlein 1921. (340 S.)
 Hauser, Otto: Rasse und Sittlichkeit. Weimar: Duncker 1924. (120 S.)
 Kröger, Timm: Aus dümmender Ferne. Jugenderinnerungen. Braunschweig: Westermann 1924. (326 S.)
 Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. 6. Auflage. München, Berlin: Oldenbourg 1922. (X, 553 S.)
 Naumann, Hans: Primitive Gemeinschaftskultur. Beiträge zur Volkskunde und Mythologie. Jena: Diederichs 1921. (196 S.)
 Natorp, Paul: Der Deutsche und sein Staat. Erlangen: Verl. d. philos. Akademie 1924. (120 S.)
 Göttronisches Wesen in der Frühzeit. Eine Auswahl aus Thule. Mit Einführungen. Bearb. von Gustav Nedel. Jena: Diederichs 1924. (IV, 288 S.)
 Biegler, Leopold: Das heilige Reich der Deutschen. 3 Bücher in 2 Bänden. Darmstadt: Reich 1925. 2 Bde.

Erstklassiges Restaurant und Café am Stadt-Theater (Opernhaus) Poznań

ul. Fredry 9.

Regie: Karol Raczyński.

Telephon 2233.

Guter Mittagslisch von 12 bis 4 Uhr. Gedeck 1 Złoty. Menu 1 Złoty 50 Gr.
 Reichhaltige Abendplatte zu ermäßigtom Preise. — Kaltes Büfett.
 Das Restaurant ist von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachts geöffnet.



Zu kaufen gesucht
Reitstall oder Landwirtschaft, ca. 150 bis 200 Morgen, Wald und See erlaubt. Nähe Pojens Bedingung.

Angebote nur von Besitzern unter Nr. 2419 an die Geschäftsst. d. B. erhbt.

Nachr. willens, meine Landwirtschaft (mit der Weinländkasse verbunden). 70 Morgen, davon sind 50 Acker, 11 Morgen Wiese, 9 Morgen Viehweide, Gebäude: massives Wohnhaus, 1908 erb., 1 Zimmer eine Oberstie mit 2 Küchen nebst 2 Kammer, Stall massiv unter Strohdach, altes Wohnhaus, Fachwerk, Strohdach, jetzt Stellung Schenke unter Strohdach, Bettwurzeldecke, zwei tragende Stützen, 11 Stück Lindvieh, 2 tragende Sauen, sechs Lämmer, 20 Hähne, 2 Arbeits-Wagen, ein eleganter Kutschwagen, ein Trasmäher, eine Drillmaschine, eine Kartoffelmashine, 2 Pflüge, Egen, Kartoffelhaken u. s. w.

Offerter unter Nr. 2404 an die Geschäftsst. dieses Blattes erhbt.

Wiederholung.

</

berechtigt sei, seinen richtigen Namen vor den Behörden zu verbergen.

Die letzte Gerichtsentscheidung ist für das hiesige Judentum von weitestgehender Bedeutung, da es seit Jahren vergleichsweise hat, im Sejm eine ausdrückliche Aufhebung der zahlreichen aus der Grenzen bestehenden Ausnahmestimmungen gegen die Juden durchzusetzen.

Ein Prozeß des Abg. Graebe gegen die „Rzeczpospolita“.

Bromberg, 20. Januar. In der Warschauer Ausgabe der „Rzeczpospolita“ (Nr. 231 vom 25. 8. 1921) hatte der frühere Redakteur dieses Blattes, R. Biemski, welcher jetzt an einer anderen Warschauer Zeitung tätig ist, einen Bericht über die Verhältnisse in Bromberg, insbesondere auch über den Katholikentag, welcher im Jahre 1921 stattfand, von sich gegeben, in welchem er es sich nicht versiegen konnte, auch über den Oberstleutnant a. D. Graebe in übler Weise herzufallen, wobei es ihm passierte, daß er auch an der Anständigkeit der Reichspflege in Siaaze Zweifel äußerte. Da auf den von Oberstleutnant Graebe gestellten Strafantrag der Staatsanwalt nicht reagierte, wurde damals die Privatklage eingeleitet.

Heute nach 3½ Jahren fand vor dem Kreisgericht in Bromberg endlich die erste Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Der Angeklagte war in Warschau protocolär vernommen worden und hatte auf seine Anwesenheit bei der Verhandlung verzichtet, so daß diese bis zu Ende durchgeführt wurde. In den Akten fand sich merkwürdigerweise eine Bescheinigung der Wojewodschaft als Beweismittel gegen den Kläger, wonach der Deutschenbund wegen staatsfeindlicher Tendenzen geschlossen worden wäre. Wie diese Bescheinigung in die Akten gekommen ist, konnte oder wollte der Vorsitzende, Schuhmachermeister Goncerzewicz, nicht angeben. Die von dem Angeklagten angeführten Beweismittel wurden ohne weiteres widerlegt, hatten auch mit dem Ursprung des Artikels absolut nichts zu tun, da sie aus einer weit späteren Zeit stammten.

Nachdem der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Spiker, und der Kläger selbst ihre Ausführungen zu der Sache gemacht hatten, beschloß das Gericht nach längerer Beratung, die Angelegenheit nochmals zu vertagen, um dem Angeklagten in einem neuen Termin Gelegenheit zu geben, zu erscheinen und sich selbst zu verteidigen.

Republik Polen.

Das Einquartierungsgesetz.

Die Sonderkommission des Senats, die zur Erörterung des Gesetzentwurfs über die Einquartierung des Heeres eingesetzt war, beriet über die Bestimmungen betreffs der Übergangsquartiere. Es wurde bestimmt, daß die normale Zeitbauer für Requisitionen von Privatwohnungen nicht drei Monate übersteigen darf. Die Zeit kann in Fällen von Änderungen, die durch die Dislokation der Truppen oder durch die Schaffung anderer Abteilungen bestimmt werden, auf sechs Monate verlängert werden, in anderen Fällen auf Grund einer Sonderverfügung des Ministerrates sogar auf ein Jahr. Wohnungen, die der Einnahme unterliegen, sind im Laufe des Jahres vom Tage der Freigabe von der Beschlagnahme ausgenommen und frei von der Quartierssteuer. Dann werden eine Reihe von Rechtsgarantien eingeführt, die u. a. die Möglichkeit zulassen, daß das Quartier im Falle unzureichend Verhaltens des Einquartierten freigegeben wird.

Der literarische Preis.

Die literarische Kommission entschied am Dienstag unter Vorsitz des Direktors des Kunstdepartements, Stocinski, in der Angelegenheit des Staatspreises, der in Höhe von 5000 Zloty Stefan Jeromski für „Wiatr od morza“ ausgeprochen wurde.

Auszeichnung.

Am Dienstag fand im Kultusministerium um 12 Uhr mittags die feierliche Amt der Auszeichnung des Metropolen Dionysius mit dem Großband des polnischen Wiedergeburtssordens statt.

Gegen den Boykott.

Der Oberste Rat der Christlichen Demokratie führte unter anderem einen Besluß, in dem den christlich-demokratischen Publizisten empfohlen wird, einen eigenen Verbandsverband zu bilden. Dieser Besluß steht im Zusammenhang mit dem Boykott der „Rzeczpospolita“, der vom Journalistensyndikat verkündet wurde.

Ein neuer Wojewode.

Wojewode von Stanislaw soll an Stelle des Herrn Turzynski der Chef der Sozialabteilung in der Pommerschen Wojewodschaft, Herr Szapala, werden.

Von den Sejm-Klubs.

Nach einer Sondermeldung des „Kurier Poz.“ sind die Abg. Janecek, Toczek und Tarczynski aus dem Klub der Borylisten ausgetreten und wieder zur Piasatenpartei übergegangen.

Strasburger in Warschau.

Minister Strasburger, der am Mittwoch abend aus Danzig nach Warschau abfuhr, nimmt an der Sitzung der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten in Sachen des Danziger Positionskonflikts teil.

Gesetz.

Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur wird am 18. Februar in Gnesen eine Sitzung des Juristenkomitees des Volksverbundes in Sachen der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig stattfinden.

Konferenz.

In nächster Zeit findet in Warschau eine Konferenz der polnischen Gesandten statt, die in den Balkanstaaten residieren. Es sind die Gesandten aus Rumänien, Bulgarien, Südalien und der Türkei eingetroffen.

Empfang.

Der Staatspräsident empfing am Mittwoch eine Delegation der Luftverteidigungsliga der Posener Wojewodschaft.

Trauerottesdienst.

Am Mittwoch fand um 10 Uhr vormittags in Warschau in der St. Alexander-Kirche ein Trauergottesdienst für Polizisten statt, die während der Erfüllung ihrer Dienstpflichten ihren Tod fanden. Der Gottesdienst wurde vom Feldbischof Gall gelebt. Es waren anwesend die Mariahalle des Sejm und Senats, sowie viele höhere Beamte der Polizei. Die Kirche war überfüllt.

Französische Eisenindustrie und die Verhandlungen mit Deutschland.

Wir wiesen schon in anderen Mitteilungen auf die Abhängigkeit der französischen Eisenindustrie, die ihre Rohprodukte nicht absetzen kann, von deutschen Industrien hin. Die französische Eisenindustrie hat jetzt durch die Befragung der Werksvertreter eine Untersuchung durchgeführt und fügt ihr Ergebnis dahin zusammen, daß die Zukunft dieser Industrie von der Regelung folgender drei Hauptfragen abhängt: Beschaffung von Koks zu einem normalen Preis, Goldstück, Neubildung der Verkaufsstände. Der Koks sei im Vergleich zu dem für die Fertigerzeugnisse

erzielbaren Erlös viel zu teuer, würde aber von dem Augenblick an billiger wo Angebot und Nachfrage freies Spiel hätten. Unter den jetzigen Verhältnissen würden die Werke Interesse daran haben, mit der Verfeinerung zurückzuhalten und ihre Erzeugung in mehr oder weniger rohem Zustand absetzen. Infolge des hohen Kokspreises seien die Gewinne der französischen Eisenindustrie auf 5 %. der Umsatzahlen beschränkt, während sie 10 bis 15 v. H. betragen müßten, um die Betriebe auf der Höhe zu halten. Andere Eisenindustrielle haben berichtet, daß sie die größten Schwierigkeiten hätten, um sich gegen die Belgier zu mehren, weil die französischen Zollsäcke nicht mehr genügend wirtschaftlich seien. Hierbei wird darauf verwiesen, daß vor dem Kriege Deutschland 25 Mark Koks auf Walzen erhob, und daß damals der französische Koks hierfür 50 Franken betrug, womit man auch ausgelenkt sei. Gegenwärtig beträgt der deutsche Koks 25 Goldmark, so daß auch Frankreich zu einem Koks von 50 Goldfrank, das sind 170 Papierfranc, hätte übergehen müssen. Anstatt dessen beträgt der französische Koks nur 85 Papierfranc, das sind 28 Goldfranc, wodurch sowohl die französischen Staatsfinanzen wie die französische Eisenindustrie geschädigt würden. Schließlich bedauert eine Reihe von Eisenindustriellen das Verschwinden der Verkaufsstände, vereinigt in der Vergangenheit gute Dienste geleistet hätten. An ihre Stelle seien die miteinander in Wettbewerb stehenden Verkaufsgesellschaften getreten, die mit hohem Kapital arbeiteten, im Ausland zahlreiche Niederlassungen und Kontore gründeten und ein Heer von Mätern unterhielten, was auf eine ungewöhnliche Streckung der Geschäfte hinauslaufe. Diese Gesellschaften seien ein Ausdruck des individualistischen Geistes, während es auf ein geschlossenes Vorgehen antomme.

Ein Finanzstand in Kassel.

Kassel, 22. Januar. In dem Kasseler Finanzstand, der kürzlich aufgedeckt wurde, sind bis Mittwoch früh neun Personen verhaftet worden. Der Präsident der Landeskreditkasse, Dr. Poppe, hat noch Dienstag abend der Staatsanwaltschaft ein zeumütiges Bekennnis abgelegt und auch sowohl die Mischuldigen wie andere Amtspersonen genannt, die in die Affäre verwickelt sind. Mittwoch früh hat er der Landeskreditkasse und in der Aktiengesellschaft Gebrüder Kakenstein das Verhör der Beamten und der Angestellten begonnen, gleichzeitig sind sämtliche Amtsbücher der Landeskreditkasse beschlagnahmt worden. Die Nienkerfide des Landeskasses erreichten, genau wie im Berliner Barmatstand, riesenhafte Summen; sie sollen 10 Millionen Goldmark überschreiten. Den „N.“ aufgeht ist die Untersuchung auch auf die Aussichtsorgane der Landeskasse ausgedehnt worden, so daß mit weiteren aufsehenerregenden Verhaftungen zu rechnen ist.

Deutsches Reich.

Die Regierung will sich nicht binden.

Berlin, 22. Januar. Dienstag vormittag besetzte sich das Reichskabinett mit der Sitzungnahme gegenüber Anfragen und Anregungen aus dem Reichstag während der politischen Debatte der nächsten Tage. Die Regierung wird auch im weiteren Verlauf nur programmaticke Erklärungen abgeben, um sich für ihre eigenen Beschlüsse nach seiner Richtung hin zu binden. Beachtbar ist, daß der neue Reichsfinanzminister, der bisherige Ministerialdirektor Schlesien, gleichfalls mehrfach als unbedingter Anhänger einer Auflistung aller Anleihen ohne Unterschied erklärt hat. Besonders gilt Herr Schlesien als energetischer Befürworter der Wiederaufnahme des Finanzdienstes. Dienstag vormittag 10 Uhr war der erste französische Botschafter in der Reichskanzlei.

Barmat und Finanzamt.

Berlin, 22. Januar. Das Finanzamt hat gegen die Barmatschen Vermögenswerte einen Voranspruch geltend gemacht, da keine Steuerausweise unter den Barmatschen Steueraten für die Einführung der sozialen Juwelensammlung in dem Barmatschen Schlosse vorzufinden sind. Diese Juwelen, deren Wert auf 12 Millionen Mark geschätzt werden, haben die Barmatschen nicht in die Treuhandgesellschaft gegeben. Sie sind nunmehr vom Finanzamt beschlagnahmt worden. Für Mittwoch kommt der Barmatsche Befehl zur Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter vorgeladen worden. Postminister a. D. Hoecke hat einen umfangreichen Entlastungsbeweis angeboten, der zur Zeit von der Staatsanwaltschaft nachgeprüft wird.

England verbietet Aufenthalt.

Königsberg, 22. Januar. Auf der Rückfahrt nach Moskau sind gestern 208 Sowjetbeamte der Handelsvertretung in London durch Königsberg gefommen. Sie hatten den Landstrichweg über Berlin genommen und hatten in Königsberg die Führer der ostdeutschen Kommunistenbewegung bei sich zu Gast.

Wie es im „geräumigen“ Gebiet aussieht.

Berlin, 22. Januar. Aus Duisburg wird gemeldet: Die Belgier haben in Duisburg, Essen und Sterkrade wieder mehrere Schulen und städtische Räume für Zwecke der Besatzungsmarine beschlagnahmt. Auch in Mainz haben die Franzosen städtisches Gelände für die Errichtung eines Munitionsdepots und Anlegung mehrerer Schießstände angefordert.

Arbeiterentlassungen.

Duisburg, 22. Januar. Die Blätter des Industrie- und Kohlenreviers schreiben, daß die Kündigungen auf den Kohlenzügen am Sonnabend sich fortgesetzt haben. Die Not der Grubenarbeiter habe ihren Höchststand wie nie zuvor erreicht. Der Schreit nach dem Generalstreik werde im ganzen Revier immer vernehmbarer.

Frankreich „rüstet weiter ab“.

Karlsruhe, 22. Januar. Die Straßburger Blätter melden, daß für den Marinestand am Rhein ein besonderer Admiralsstab am 1. April nach Straßburg gelegt wird. Straßburg würde dann auch in militärischer Beziehung ein Seehafen werden.

Unregelmäßigkeiten in Leipzig.

Wie die Blätter aus Leipzig melden, sind bei der Leipziger Stadtbank große Unregelmäßigkeiten aufgetreten worden. Mehrere Beamten davon haben gemeinsam unter Überbreitung ihrer Dienstvorschriften einer Firma sozialen Kredite gewährt und dies mehrere Monate verheimlicht, bis die Kredite zu einer großen Summe angewachsen waren. Es sind sofort Maßnahmen ergriffen worden, um die Weiterbindung des der Firma eingeräumten Kredites zu sichern. Der größte Teil der gewährten Kredite dürfte auch einkommen. Immerhin wird mit einem Betrag von 150 000—200 000 Reichsmark gerechnet. Die beiden hauptsächlich belasteten Beamten sind sofort ihres Postens entbunden worden und gegen sie ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Aus anderen Ländern.

Nollet mobilisiert die Nation.

Ges. 21. Januar. (Privatelegramm.) Wie der „Tempo“ meldet, bat General Nollet am Montag irish den Pressevertretern Informationen gegeben über den von ihm dem Kabinett vorgelegten Entwurf der militärischen Volksschule. Der General lehnt ab, daß sein Entwurf als Einführung des Militärsystems in Frankreich bezeichnet wird, er bringt lediglich die militärische Verbildung des ganzen Volkes für den Fall einer neuen Bedrohung und eines neuen Unfalls Frankreichs.

In den deutsch-französischen Verhandlungen.

Rotterdam, 21. Januar. „Evening Times“ melden aus Paris, in den deutsch-französischen Handelsvertrag-verhandlungen konzentriert sich die Entscheidung auf eine Ausweitung sämtlicher noch bestehenden Beschränkungen im Reise-, Handels- und Wirtschaftsverkehr zwischen

den durch den Krieg geretteten beiden großen Nationen. Auch die gegenwärtigen Rechte auf Niederlassung müssen wieder auf den Stand von 1914 gebracht werden. Seit Montag hat es noch nicht den Anschein, daß die Franzosen den ersten Schritt zu einer Aufhebung der letzten Kriegsmaßnahmen zwischen Frankreich und Deutschland tun werden.

Deutsche Kreditanträge.

Ges. 21. Januar. Der „Herald“ meldet aus New York, dem Bankhaus Morgan liegen von 48 deutschen Aktiengesellschaften Kreditanträge vor. Die günstige Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage bewirkt auch an der New Yorker Börse die deutschen Werte, die sich steigender Nachfrage erfreuen.

Die Notwendigkeit eines friedlichen Europa.

Rotterdam, 21. Januar. Die „Times“ melden aus New York, die ersten Anzeichen einer amerikanischen Überproduktion und Exportüberschusses werden in den vorliegenden Jahren berichten der großen Überschuss zugegeben. Der Trust schließt seinen reichlich pessimistischen Bericht mit den Worten: Zur Überwindung des Überschusses braucht ein kriegerisches Europa.

Das Interesse Frankreichs an der neuen deutschen Regierung.

Der Pariser „Temps“ schreibt gestern, für die weiteren Entscheidungen der Alliierten in den Raumungstermen und der Militärkontrolle würden nicht nur die tatsächlichen Leistungen, sondern auch der Geist der neuen deutschen Regierung und des neuen Reichstagsmehrheit maßgebend sein. Aus diesem Grunde erfolgt das amtliche Frankreich mit größtem Interesse die legitime Reichstagsverhandlungen in Berlin.

Der neue Kontrollbesuch in Berlin.

Der Pariser „Matin“ meldet, die aktuelle Kontrollkommission in Berlin hat eine neue Nachkontrolle für nötig gehalten, die etwa 10 Tage in Anspruch nehmen wird. Für die Fortsetzung der Militärkontrolle bis Ende 1925 ist im Botschaftsrat außer dem französischen auch der belgische Bevölkerer instruiert worden.

In kurzen Worten.

Das dritte internationale Exekutivkomitee in Moskau beauftragt einen Ausschuß, einen Vorschlag auszuarbeiten zur Schaffung eines internationalen Streitkostenzugsfonds, zu dem die Kommunisten aller Länder durch bestimmte prozentuale Abgaben von ihrem Arbeitslohn beitragen sollen.

Am 1. Februar wird in Hannover das Exekutivkomitee der Bergarbeiter. Internationale zusammenkommen, um zu den Wirkungen des Dawes-Planes auf die internationale Kohlenwirtschaft Stellung zu nehmen.

Nach erfolgreichem Probefahren ist das U-Boot 1 in Plymouth eingetroffen. Es ist das größte U-Boot der Welt mit einer Ubootwasserdrückung von 2780 Tonnen und Unterwasserdrückung von 3600 Tonnen.

Im Kalenderjahr 1924 sind durch den Deutschen Zentralausschuß für die Auslandschule Auslandsüberträge im Gesamtwert von über 15 Millionen Mark zur Verteilung gelangt.

General Noskin ist an Stelle von General Mordacq zum Bevölkerer eines Korps der Rheinarmee ernannt worden.

Nach dem amtlichen römischen Bericht sind für das Jubeljahr angekündigt 82 Sonderzüge aus Deutschland, 8 bis 10 aus Österreich, 8 aus Ungarn, 5 bis 6 aus Belgien, 5 bis 6 aus Frankreich, 2 aus Litauen und eine unbestimmte Zahl aus Polen. In den nächsten Tagen trifft ein Pilgerzug aus Megilo in Rom ein.

Letzte Meldungen.

Die Kandidatur Sliwinski zum Kultusminister. Die Verständigungskommission der Klubs der Wyzwolenie, der Sozialistischen Partei, der Nationalen Arbeiterpartei und der BDP-Gruppe beriet gestern über das Projekt der Kandidatur Artur Sliwinski zum Kultusminister.

Um das Genfer Protokoll.

Aus London wird gemeldet, daß England die Einberufung des Völkerbundes zur Durchsetzung der Vertragung der Diskussion über das Genfer Protokoll nachdrücklich verlangen werde. Die „Times“ kündigt sogar an, daß England dieses Protokoll endgültig abweisen werde.

Der Austritt Costaicas aus dem Völkerbund. Die Regierung der Republik Costaica hat dem Sekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie mit dem 1. Januar 1925 aus dem Völkerbund austrete. Die Regierung von Costaica hat zugleich erklärt, daß sie die rückständigen Beiträge dem Sekretariat des Völkerbundes einzahle.

Die Sachalinlaufen.

„Daily Express“ meldet aus Peking, daß der am Dienstag unterzeichnete russisch-japanische Vertrag auch Klauseln enthalte bezüglich des Kapthagebiets auf Sachalin. — Das ist der Anfang einer neuen japanischen Politik mit China, ein Anfang, der die ganze Lage im fernen Osten nachhaltig beeinflussen wird.

Kino Apollo

Hochherausstehendes Grundstück
ca. 5-6 Morgen groß, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, teilweise Centralheizung, sonst eleg. Meißner Döfen, Privat-Wasserleitung durch elekt. Motor, Stellung, parkähnlicher Garten, große Obstianlage über 100 Edelstämme usw. wegen Todesfalls gleich veräußlich. Große eleg. Wohnung, bald frei. Off. vnt. A. B. 2157 a. d. Geisth. d. Bl.

Uchtung! Optanten!
Sofort veräußlich
ein Landgasthof m. 21 Mrg. gut. Mittelboden,
Gebäude gut, Haus zweistöckig, großer Saal mit Balkett und
Bühne, städtl. Hengstation, mit sämtlichem Inventar. Preis:
45 Mille, Ang. 25 Mille, Ort 500 Einwohner, nach
Torgau 8 klm, zur Bahn 4 klm. Brief. Auskunft erteilt
Gastwirt Paul Hille, Beckwitz, Post Torgau.

Wegen Aufgabe d. Pacht
sucht anerkannter Landwirt voln. Staatsbürger Pachtung v. 1000-1500 Mrg.
Gef. Ang. unter B. 2390 an die Geschäftsstelle d. Blättes.

Tauschobjekt! Dampfmühle
in Deutsch-Schlesien, 3-stöckig, Locomobile "Güttler",
2 Walzenräder, 2 Mahlgänge, automatische Einrichtung,
im Jahre 1921 erbaut, wird gegen eine kleinere in
Polen mit Guvalzahlung von 6 bis 10000 Zloty gefascht.
Offert. an Fr. Kempa, Leżno, Dworcowa 26.

Nervöse, Neurastheniker,
die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energieschwäche, trüber
Stimmung, Lebensüberdruss, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen,
Angst- und Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz-
und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfreie Broschüre
von Dr. Weise über Nervenleiden.

Dr. Gebhard & Co. Danzig,
Kass. Markt 1 b.



„Freie Presse“

Zentralorgan
für das

Deutschland in Polen

Das nachweislich verbreitetste
deutsche Nachrichtenblatt
im polnischen Reihe.

Die „Freie Presse“ freibt lediglich die Wahrnehmung der Interessen der 2,000,000 Deutschen in Polen an, nimmt in eigenen Artikeln Stellung zu den Stammesbrüdern dieses und jenseits der Grenze, berichtet über die Arbeit und Worte des Deutschlands im polnischen Reich und nicht geistigen Anschluß an die deutschen Brüder der ganzen Welt. Da die „Freie Presse“ nicht nur in Kongresspolen, sondern auch in Großpolen und Galizien weit verbreitet ist, ist sie ein Insertionsorgan ersten Ranges und verschafft ihren Exponenten eine gute Erfolge. Im gleichen Verlage erscheint die Wochenschrift „Der Volksfreund“, welche vorwiegend von der Landbevölkerung gelesen wird. Probeexemplare auf Wunsch kostenlos.

„Freie Presse“

Geschäftsstelle und Redaktion
Lodz, Petrikauer Straße 86.



Soeben erschienen:

Bd. 1 von Meyers Lexikon

in 12 Bänden gebunden.

Die Bände erscheinen in Zwischenräumen von 4-5 Mon. Preis von Band 1: 45 zt. Bestellungen nimmt entgegen

E. Rehfeldsche Buchhandlung
Curt Boettger, Poznań, ul. Kantaka 5.

AUTOMOBIL
6-Sitzer, starker Reisewagen, in bestem Zustand mit elektr. Beleuchtung u. Anlasser, sofort billigst zu verkaufen. Offerten unter 2388 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Aus schneiden!

Aus schneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1925

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Zur Saat!

Viktoria-Erbsen „Stamm 17“

gezüchtet aus STRUBES früher, gelber Viktoria auf besondere Frühreife und Kornqualität
offeriere zum Preise von 25 Zloty per Ztr.
ab Bahnstation Wolencice, — ebenso

I. Absaat von Original „Mahndorfer“

zum Preise von 22,50 Zloty

gegen Nachnahme in fr. einzusenden Säcken.
Zur Aussaat sind pro Morgen 130 Pfund erforderlich.

Dr. Weiss, Dębiogóra

poczt. Koźmin
Station Wolencice.

VIEL GELD

erspart jeder, der seinen Bedarf an

oberschlesischer Kohle

bei der Firma
„UNITAS“

Sp. z ogr. odp.
früher Lager von Kulmiz deckt.

Poznań, ul. Przemysłowa 21.

Telephon 2189.

Eigene Gruben!

En gros

Zustellung ins Haus.

En détail

Offerieren

ca. 3000 rm Riesenscheitholz

I. u. II. Klasse ab Bahnhof Międzychód od. Gorzyn.

Offerten erbeten an
Forstverwaltung Gorzyn, pow. Międzychód.

Wieder vorräufig:

Jagdbreitkalender für 1925

Landabreitkalender für 1925

und sogleich zu liefern.

Verhandlungsbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
POZNAN, Zwierzyniecka 6.

Gebräuchter, gut erhalten für ein Pferd, Tragfähigkeit 50 bis 60 Ztr. wird umgehend zu kaufen gesucht. Gef. Off. mit Preisangabe an Ländl. Ein- und Verkaufsverein Bielany, T. o. p., powiat Szamotuly.

Rollwagen für ein Pferd, Tragfähigkeit 50 bis 60 Ztr. wird umgehend zu kaufen gesucht. Gef. Off. mit Preisangabe an Ländl. Ein- und Verkaufsverein Bielany, T. o. p., powiat Szamotuly.

Nehmeschweine in Kommission
evtl. gegen Vorkasse

Ernst Gutermann

Berlin, Köpenickerstrasse 40/41.

Telephon: Moritzplatz 55-86, Tel.-Adr.: Gefriergut-Berlin.

Information erteilt

Kallmann, Poznań (Hotel
Monopol)

Telephon 34-22.

Prima Bulle

(angefertigt für Herdbuch), 1 1/4 Jahr alt. Gewicht 9 Zentner, Prima Herdbuchstiere, 2 1/2 Jahre alt. Gewicht 9 1/2 Ztr. hat abzugeben Fuchheim, Przyborowo, Post Szamotuly.

Deutscher Schäferhund

(Rüde), 1 1/4 Jahr alt. 68 cm hoch, wolfsfatzig, prima Stammbaum (Starkeburg-Uckermark-Blut) sehr wachsam, auf den Mann drosselft, preiswert zu verkaufen.

Gesamtverwaltung Kruszwica-Grodzisko
Post Kruszwica, Nr. Strzelno.

Fabrikkartoffeln

kauft im Auftrage guter Auslandsfirma bei voller Zahlung gegen Duplikatsrechnung in Poznań.

Ismar Pasch, Poznań
ui. Szewska 11.

Telephon 3699.

Makulatur
weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46×59
hat abzugeben

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 22. 1. „Eugen Onegin“
Freitag, den 23. 1. „Legenda Baltyku“
Sonntags, den 24. 1. „Auferstehen“
Sonntag, den 25. 1. 3 Uhr nachm. „Krakowiacy i Górale“
Sonntag, den 25. 1. 7 1/2 Uhr abends „Orpheus in der Unterwelt“
Montag, den 26. 1. „Carmen“

Maskenball

Gem. Chor Poznań

am 24. Januar 1925

in den Räumen des Herrn

J. JAROCKI

Marsztalarska 8.

Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.
Der Vorstand.

Ojera Chołodnaja

von Montag, 26. d. Mts.

im Teatr Pałacowy

plac Wolności 6.

Klavier

zu mieten gesucht.

Off. unter 2428 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

kleines möbl. Zimmer in jüd. Familie zu vermieten. Off. u. B. 2423 a. d. Gesch. d. Bl.

kleines möbl. Zimmer mit Pension zu vermieten. Aleje Marekowskiego 2, Hochparterre links.

möbliertes Zimmer an besseren Herrn von sofort zu vermieten. Słowackiego 42, II. rechts.

möbl. Zimmer (ohne Pension) in Poznań Nähe ul. Starzyna sofort geliegt. Off. u. 2387 an die Geschäftsst. ds. Blättes erbeten.

Zwei möbl. Zimmer, Nähe d. Botanischen Gartens, per sofort zu verm. Näheres: Hennig, Poznań, Sieniawskiego 8 I.

Groß - Handels - Firma sucht Kontorräume in der Gegend von Universität bis Platz Wolności u. Seitenstraßen

Offerten u. K. 2374 a. d. Geschäftsst. d. Blättes.

mit ang. Kontor, 1. o. die Garage, Stallung und 2 zusammenhängende Kontorräume sind sofort im ganzen oder geteilt zu vermieten. Leżno, ul. Wolności 24/26.

Wir empfehlen für Schulen:

Seydell, Wesoły Początek

Popiński-Loewenthal

polnisches Elementarbuch, geb.

Grzegorzewski, Elementarbuch der polnischen Sprache, 1. u. 2. Teil, farb.

Dr. Romer's Schulwandkarte von Polen, mit polnischer Beschriftung angezogen.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt

Abteilung: Verhandlungsbuchhandlung.

Aus schneiden!

Aus schneiden!

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße